Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postzuschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 II.
Fernsprecher:
Schriftleitung: Zentrum 644, 964, 965, 1580, 1582, 1583. Für Nachtgespräche 1580.
Geschäftsstelle: Amt IV 992, 3345, 3394.

Preis für die Agatzeile oder deren Raum 1.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag, für die Textzeile Mk. 4.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 329. Sonnabend, 12. Juli 1919. Morgen-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Neue Schwierigkeiten in der Schulfrage.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

K. **Weimar**, 11. Juli.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde die weitere Aussprache auf Artikel 107 des Verfassungsentwurfes besprochen, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, sich eingehend mit den Differenzen zu befassen, die sich aus den Schulfragen ergeben haben. Der Artikel 197 bestimmt, daß die Grundrechte und Grundpflichten die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtspflege im Reiche und in den Ländern gelten sollen. Zu diesen Grundrechten und Grundpflichten gehören auch die Bestimmungen über die Schule, die in den Artikeln 142 bis 146 im vierten Abschnitt des zweiten Hauptteils der Verfassung, der von den Grundrechten und Grundpflichten handelt, enthalten sind. Bekanntlich ist über die Schule ein Kompromiß zwischen den beiden Regierungsparteien, dem Zentrum und der Sozialdemokratie beschlossen worden. Auf Grund dieser Kompromißlinie sollen die Simultanschulen durchgeführt werden. Jedoch sollte die Einrichtung von Privatschulen zulässig sein. Der Religionsunterricht sollte ordentlicher Lehrgegenstand der Schule bleiben. Die beiden letzten Punkte sind Forderungen des Zentrums, denen die Sozialdemokratie nachgegeben hat. Nun haben sich aber für die Sozialdemokratie neue Schwierigkeiten ergeben, die hauptsächlich auf die Stellungnahme der Sozialdemokraten des Preußischen Kabinetts zurückzuführen ist. In Preußen liegen die Dinge so, daß diese Kabinettsmitglieder nicht glauben, die sämtlichen Punkte des Kompromisses in Preußen durchführen zu können. Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung beabsichtigt deshalb, neue Verhandlungen mit der Zentrumspartei einzuleiten, um das Zentrum zu einem weiteren Nachgeben zu bestimmen. Um ein solches Kompromiß vorzubereiten, wünschte sie deshalb eine vorläufige Ausschaltung der Beschlußfassung über die ganze Frage bei der zweiten Lesung des Verfassungsentwurfes. Das Zentrum jedoch weigerte sich, einer Hinausschiebung der Klärung zuzustimmen und verlangt eine sofortige klare Entscheidung der Nationalversammlung schon in der zweiten Lesung. Darüber ist es nun zu einem starken Konflikt zwischen Zentrum und Sozialdemokratie gekommen. Die Zentrumsfraktion steht auf dem Standpunkt, daß es ein weiteres Nachgeben für sie nicht mehr gibt, sondern daß sie auf die Durchführung ihrer Forderungen bestehen muß, d. h. daß der Kompromiß, wie er von ihr der Sozialdemokratie vorgeschlagen wurde, jetzt auch in zweiter Lesung des Entwurfes in dieser Fassung von der Sozialdemokratie angenommen werde. Man ist sich in der Zentrumsfraktion darüber einig geworden, daß man im Falle der weiteren Hinzuziehung der Entscheidung über diese Frage es selbst auf eine Kabinettskrise ankommen lasse. Damit ist die sozialdemokratische Fraktion in eine sehr unangenehme Zwickmühle gebracht worden. Auf der einen Seite verlangt Preußen eine Hinausschiebung, auf der anderen Seite droht von seiten des Zentrums ein Verfassungskonflikt, der im äußersten Falle die Sozialdemokratie auch in der Regierung völlig isolieren würde. Die sozialdemokratische Fraktion wird heute abend noch eine Sitzung abhalten, in der die Frage behandelt werden soll, ob heute abend noch eine Entscheidung erfolgt, die nur im Sinne eines Nachgebens der Sozialdemokratie gehalten werden kann. Die Entscheidung eilt nicht, weil auf der Tagesordnung des morgigen Tages nur kleine Vorlagen stehen und die Festsetzung der Abstimmung über den Verfassungsentwurf erst am Montag erfolgt. Bis Montag muß dann allerdings eine Klärung erfolgt sein. Jedenfalls wird aber der Konflikt mit dem Zentrum akut. Es will sich mit der ganzen Angelegenheit vorläufig innerhalb der Fraktion nicht mehr befassen, weil nach seiner Auffassung ein Nachgeben der Zentrumsfraktion nicht mehr in Frage kommen kann.

Das Zentrum stellt sich auf den Standpunkt, daß jetzt eine sofortige Entscheidung erfolgen müsse, weil es — und vielleicht mit Recht — befürchtet, daß die Sozialdemokratie seinen weiteren Hinausschiebungen der Entscheidung dahin arbeiten wird, schließlich die Artikel über die Grundrechte aus dem Verfassungsentwurf auszuschalten. Damit würden dann auch die Bestimmungen über die Schule aus der Verfassung entfernt, und das will das Zentrum unter keinen Umständen zugeben.

Wie die Dinge heute liegen, ist der Konflikt gegeben. Ob er sich nun in der Form zuspitzen wird, wie dies die augenblickliche Lage als möglich erscheinen läßt, ist eine andere Frage. Zurzeit liegt die Entscheidung bei der Sozialdemokratie. Es wird von seiten der sozialdemokratischen Fraktion mit der Regierung und mit den Vertretern der Preußischen Regierung gesprochen. Eine Entscheidung wird wohl erst im Laufe des morgigen Tages oder des Sonntags fallen. Man darf aber wohl annehmen, daß der Konflikt sich nicht bis zum äußersten zuspitzen wird.

Anträge zum Verfassungsgesetzentwurf.

K. **Weimar**, 11. Juli. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Zum Verfassungsgesetzentwurf hat die Unabhängige Sozialdemokratie eine ganze Reihe von Anträgen eingebracht, die dem bekannten radikalen Standpunkt der Partei gerecht werden. Sie verlangen u. a., daß keine Staatskirche bestehen soll, sondern Staat und Kirche staats- und vermögensrechtlich voneinander zu trennen sind. Die Freiheit von Religionsgemeinschaften soll allgemein gewährleistet werden. Die Religionsgesellschaften sollen Rechtsfähigkeit erlangen können und ihre Angelegenheit innerhalb der bestehenden Gesetze privatrechtlich regeln. Als Schulprogramm stellen die Unabhängigen die Einheitsschule, die gemeinsame Erziehung von Mädchen und Knaben, Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel, allgemeine Schulpflicht vom 6. bis 16. Lebensjahr, Fortbildungsschule bis zum vollendeten 18. Lebensjahre, Zulassung der Schüler zu höheren Schulen allein nach ihrer Fähigkeit, Fortbleiben der Religion aus dem Unterricht.

Die Sozialdemokratische Fraktion will durch einen Antrag den unehelichen Kindern das Recht auf den Namen des Vaters und die rechtliche Gleichstellung mit den ehelichen Kindern sichern. Auch soll unehelichen Kindern dasselbe Recht wie ehelichen zustehen.

Ein Antrag des Zentrums will bei Amtsverletzungen von Beamten das Reich, den Staat, die Gemeinden oder den Kommunalverband, in deren Dienst der Beamte steht, rechtlich verantwortlich machen.

Clemenceaus Aufforderung an Bulgarien.

Enghien-les-Bains — Sitz der bulgarischen Delegation.

Versailles, 11. Juli. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben die bulgarische Regierung aufgefordert, zum 25. Juli eine Friedensdelegation nach Enghien-les-Bains zu entsenden.

Die Wiederherstellungskommission in Versailles.

R. **Basel**, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Heute Freitag wird in Versailles die Wiederherstellungskommission erwartet, die aus 18 Mitgliedern, sachlichen Beratern und Sekretären bestehen soll.

Aufhebung der Blockade nach Zustellung der Ratifikation.

London, 11. Juli. Das Reutersche Büro erfährt amtlich, daß die Blockade gegen Deutschland in dem Augenblick aufgehoben werden wird, in dem die Urkunden, die die Ratifikation des Friedensvertrages bestätigen, den alliierten und assoziierten Mächten in Paris formell zugegangen sind. Die Aufhebung der Blockade gegen Deutschland hat keinen Zusammenhang mit dem Abschluß von Friedensverträgen mit den anderen kriegführenden Mächten. Die Aufhebung der Blockade wird notwendig zur Folge haben, daß auch die Handelsbeschränkungen aufgehoben werden.

Die bevorstehende Aufhebung des S. S. S.

R. **Basel**, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Schweizerische Bundesrat hat heute dem Volkswirtschaftsdepartement die nötigen Vollmachten erteilt um die S. S. S.-Abmachungen mit den Alliierten zu lösen und die Gleisüberung der S. S. S. in die Wege zu leiten. Die Mitteilung der alliierten Regierungen über die sofortige Aufhebung der S. S. S. wird in kürzester Frist erwartet.

Findet der Kaiserprozeß statt?

S. **Haag**, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Zu der heutigen Reutermeldung, betreffend die Antwort der holländischen Regierung auf einen Auslieferungsantrag der Alliierten wird offiziell bekannt gegeben, daß die von Reuter mitgeteilte Antwort sich nicht auf ein Gesuch der Alliierten um Auslieferung des Kaisers, sondern auf eine von ihnen erteilte Mahnung, Maßregeln gegen ein mögliches Entfliehen des Kaisers und des Kronprinzen zu treffen, bezogen habe. Die Regierung hat in dieser Hinsicht geantwortet, daß sie sich das Recht der freien Ausübung ihrer Souveränität vorbehalten müsse.

Heimkehr deutscher Gefangener.

S. **Leipzig**, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) **Wie aus Taucha bei Leipzig berichtet wird, sind sechs große Transporte deutscher Kriegsgefangener angemeldet worden. Man spricht von 200000 Mann. Die ersten Transporte werden bereits in den nächsten Tagen erwartet.**

Breslau, 11. Juli. Die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen aus den Ost- und Südgebieten hat bereits eingesetzt. In Schlesien sind zur Sammlung der Transporte große Durchgangslager errichtet worden. In Oblau und in Neiße, in Breslau und in anderen großen Städten, z. B. Glatz, Liegnitz, Görlitz, Sagan sind, um den Gefangenen einen würdigen Empfang zu bereiten, Empfangsausschüsse gegründet worden. Auf dem Bahnhof Arnsberg, unmittelbar an der oberschlesisch-sächsischen Grenze, sind bereits vier Transporte angekommen.

S. **Haag**, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Unter den gestern auf Ameiks eingetroffenen Deutschen befinden sich die Besatzungen der in Amerika beschlagnahmten deutschen Schiffe, unter ihnen auch der Kapitän der „Vaterland“.

31 595 deutsche Gefangene in England.

S. **Haag**, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Mitteilung im englischen Unterhause befanden sich am 1. Juli noch 31595 deutsche Kriegsgefangene in England von denen 22146 für landwirtschaftliche Arbeiten des Kriegsamtes und 628 in einer Kalkfabrik in Burton beschäftigt werden.

Das deutsche Heer noch zu stark.

R. **Basel**, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Clemenceau ist heute vom parlamentarischen Ausschuß zur Prüfung des Friedensvertrages angehört worden. Der Ausschuß erachtet die den Deutschen gelassene Armee als zu stark und fürchtet daher, Frankreich könnte zur Aufrechterhaltung einer Rüstung gezwungen werden, die stärker wäre, als man sie ursprünglich in Aussicht genommen hatte. Am Sonnabend will Pichon über den Völkerbund sprechen. Man glaubt, daß dies der Kammer ermöglichen wird, den Vertrag Anfang August zu prüfen. Der Berichterstatter Barthou glaubt, in einigen Tagen einen allgemeinen Bericht erstatten zu können. Diesem würden spezielle Berichte beigefügt werden, die aber nur kurz sein und 20 Seiten nicht übersteigen sollen. Clemenceau hat versprochen, der Kommission die Protokolle der Friedensverhandlungen nicht zu zeigen. Diese Dokumente werden als streng geheim betrachtet und wurden bis jetzt erst den 5 Großmächten mitgeteilt.

Streikbewegung in Finnland.

St. **Helsingfors**, 10. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In Helsingfors ist ein Streik der Hafenarbeiter ausgebrochen und droht sich auf Abo sowie andere Hafenstädte auszudehnen. Die Arbeiter fordern den Achtstundentag und 4,50 Finnmark Stundenlohn. Die Bewegung verdient Beachtung, als Auftakt der ersten größeren Streikbewegung seit der Unterdrückung der Revolution von 1918.

Weiteres Vordringen der Bolschewisten.

St. **Helsingfors**, 10. Juli.

Die Katastrophe der finnländischen Freikorps in Olonetz reißt immer mehr hervor. Die Freikorps, unter denen sich viel finnländische Schutzgarde befindet, stächen aufgelöst unter Zurücklassung des Gepäcks, der Munition und der Verwundeten. Auch die nordöstliche Gruppe wurde zum Rückzug gezwungen. Fast ganz Ebdoluoj ist in Händen der Bolschewisten, die sengend und mordend die Dörfer durchziehen und an der unglücklichen Bevölkerung grausame Rache nehmen. Ihre Scharen, die schätzungsweise zehntausend Mann betragen, nähern sich der finnländischen Grenze.

In Finnland herrscht tiefe Niedergeschlagenheit. Außer den unnützen Blutopfern der Jugend deckt man den nicht wieder gutzumachenden Verlust an Vertrauen bei der schwergeprüften Bevölkerung Ostkareliens. Während die Neigung zu einem Unternehmen gegen Petersburg fast gänzlich geschwunden ist, betrachtet man mit steigender Sorge die von der Olonetzer Grenze drohende Gefahr. Der wachsende Unwille richtet sich gegen die Urheber der leichtfertigen Expedition und diejenigen Kreise, die das Unternehmen durch ihre Haltung ermutigt haben.

Südlich des finnischen Busens haben sich die russischen Nordkorps während der letzten Tage auf der ganzen Linie zurückgezogen. Sie nehmen jetzt Stellungen ein, die westlich Wruda verlaufen.

Schwindelnachrichten über deutsche Beteiligung.

S. **Haag**, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Times“ aus Helsingfors meldet, soll bewiesen sein, daß deutsche Offiziere und Soldaten in Petersburg anwesend sind. Die französische Regierung hätte absolut sichere Anhaltspunkte in die Hand bekommen. Das deutsche Hauptquartier sei in Petersburg, Morskaia 47, eingerichtet. Nach weiteren Berichten aus Reval suche Deutschland Anschluß an Rußland als einziges Mittel, um Revanche an den Verbündeten zu nehmen. Dieses Verlangen sei insbesondere unter den deutschen Offizieren des Korps von der Goltz bemerkbar, welches den Druck habe, die Rote Armee zu ermutigen.

Mitau, 10. Juli. Englische Mitteilungen aus Riga besagen, daß Pleskau von den Bolschewisten besetzt und die Nordarmee bei Jamburg zurückgedrängt ist.

Ein englisches Geschwader für Fiume.

A. **Zürich**, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die „Chicago Tribune“ meldet, hat ein englisches Geschwader Befehl erhalten, sich nach Fiume zu begeben, um während der Dauer der Arbeiten der interalliierten Untersuchungskommission dortzubleiben. Die Kommission wird Italien auffordern, die Zahl seiner Besatzungstruppen, die gegenwärtig 20 000 Mann beträgt, bedeutend herabzusetzen.

Paris, 11. Juli. (Havas.) Der Donnerstag nachmittag versammelte Oberste Rat der Alliierten empfing die Generale, die mit der Untersuchung der Zwischenfälle in Fiume beauftragt sind, bei denen bekanntlich einige Franzosen getötet wurden. Die Kommission setzt sich aus den Generalen Reulens für Frankreich, di Robilant für Italien, Watts für England und Generalmajor Gunnerall für die Vereinigten Staaten zusammen. In Beantwortung einer Interpellation legte Pichon die Rolle der interalliierten Kommission dar. Man solle sich hervorhebt, daß die Wiederholung derartiger Vorfälle in Zukunft vermieden werden müsse.

Dann hörte der Rat das Exposé über die Grenzen Oesterreichs und Ungarns an. Morgen soll die Prüfung dieser Frage fortgesetzt werden. Hierauf beschäftigte sich der Rat mit dem Luftschiffahrtsabkommen. Wie bereits bekannt, wurde eine interalliierte Sonderkommission ernannt, um ein Luftschiffahrtsgesetz aufzustellen. Die Prüfung des Gesetzes wurde auf einen späteren Zeitpunkt verschoben, da einige Delegationen, wie die amerikanische und die japanische, den ihren Regierungen noch eingehende Instruktionen einholen wollen. Der Rat hat sich am Freitag nochmals versammelt.

Die englische Regierung in Palästina.

Aus Paris wird betreffs der Palästinafrage vom Pressedienst der Delegation der jüdischen Nationalsäte gemeldet, daß jeder, der zur Zeit der Unterzeichnung des Friedensvertrages in Palästina wohnt oder im Laufe der nächsten zwei Jahre dorthin einwandert und keine andere Option abgeben wird, von England geschützter palästinensischer Bürger werden soll. Für die palästinensischen Bürger gilt diese „Protektion“ auch im Ausland. Ausländer, jüdische Gesellschaften ausgenommen, dürfen in Palästina nicht mehr als 10 Morgen Boden besitzen. Die Verwaltung ruht in Händen der englischen Regierung, welche jedoch zum großen Teil jüdische Beamte, die vom jüdischen Rat vorgeschlagen werden, berufen wird.

Die Krise im Reichswirtschaftsamt.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

K. **Weimar**, 11. Juli.

Seit längerer Zeit ist die Frage in der Schwebe, ob der bisherige Leiter des Reichswirtschaftsamts Wissell sein Amt niederlegen wird, oder ob er im Amte verbleiben kann. Es hängt das mit dem Programm Wissells über die Planwirtschaft zusammen. Verhandlungen wurde diese Krise durch eine Interpellation der Deutschnationalen, die eine Anfrage über das künftige Wirtschaftsprogramm der Regierung enthielt. Das Reichswirtschaftsamt hatte auf diese Interpellation eine Antwort ausgearbeitet, die ganz im Sinne der Wissellschen Planwirtschaft gehalten war. Dem Kabinett wurde diese Antwort zur Begutachtung vorgelegt, und das Kabinett hat sich am Mittwoch in längerer Sitzung mit der Frage beschäftigt, ob es diese Antwort gutheißen könne. Es handelt sich hier für das Kabinett um seine Stellungnahme in der ganzen Wirtschaftsfrage des Kabinetts. Das Kabinett hat dann einstimmig gegen Wissell diese Antwort und damit das Programm Wissells abgelehnt. Damit war für das Kabinett die sachliche Angelegenheit erledigt. Es blieb Aufgabe Wissells, sich dahin zu entscheiden, ob er es mit seiner Ueberzeugung vereinen könne, weiter in dem Kabinett zu bleiben. Wissell hat eine positive Stellung zu seinem Verbleiben nicht eingenommen; er hat vielmehr der sozialdemokratischen Fraktion, durch die er ja in das Kabinett entsandt worden war, die Entscheidung überlassen. Die Sozialdemokratische Fraktion hat sich nun gestern abend mit der Angelegenheit beschäftigt. Sie hat die Stellungnahme des Kabinetts gutgeheißen, aber den Wunsch ausgesprochen, die Arbeitsfreudigkeit Wissells dem Kabinett möglichst zu erhalten. Die Fraktion wird heute abermals zusammentreten und in einer eingehenden Aussprache nochmals die Angelegenheit erörtern. Eine endgültige Entscheidung ist bisher in der ganzen Angelegenheit nicht gefallen. Fest steht nur, daß, selbst wenn Wissell im Kabinett bleiben sollte, eine Neubesetzung des Reichswirtschaftsamtes sich nicht wird vermeiden lassen.

Das Reichswirtschaftsprogramm der Regierung dürfte im großen und ganzen dahin gehen, daß es eine reine Planwirtschaft nicht für möglich hält und auch nicht unter Wirtschaftsfachleuten in den Rahmen eines bestimmten Systems einzuzwängen will. Allerdings ist es klar, daß die Gebundenheit des Wirtschaftslebens, wie sie heute noch besteht, in dieser Form nicht weitergeführt werden kann. Voraussichtlich wird die Blockade morgen aufgehoben werden. Es wird dann nicht mehr angehen, daß wir nun unserseits für die Einfuhr in Deutschland eine Art von Blockade aufrechterhalten. Zweifellos werden wir den Personalkredit im Auslande für die Beschaffung von Waren und zumal von Rohstoffen stark in Anspruch nehmen müssen. Aber im allgemeinen wird ein Personalkredit nicht ausreichen. In den verschiedenen Industrien liegen nach dieser Richtung die Verhältnisse allerdings sehr mannigfaltig. In Amerika dürfte es zutreffen, daß der Personalkredit einmal durch einen Zusammenschluß der einzelnen Industriezweige und durch eine korporative Kreditanwendung und zweitens auch durch eine staatliche Bürgschaft gekräftigt werden muß. Es wird nicht möglich sein, hier für alle Industrien ein einheitliches Prinzip aufzustellen. Im allgemeinen wird man die Grenzen für die Ausfuhr öffnen. Aber man wird eine bestimmte Reihe von Waren, hauptsächlich von Fertigwaren, vorläufig von der Einfuhr ausschließen müssen. Auch hier läßt sich eine feste Linie für die Einfuhr- oder Nichteinfuhr-Erlaubnis nicht aufstellen. Es gibt eine ganze Reihe von Bedürfnissen der Wiederbeschaffen, die unbedingt gedeckt werden müssen. So wird man Wolle und Leder für die Einfuhr freigeben, während man Fertigwaren nach Möglichkeit ausschließen wird, um sie im eigenen Lande herzustellen. Beim Leder liegen die Dinge aber so, daß wir zum Beispiel Stiefel in nicht genügender Anzahl sofort herstellen können, um die Bedürfnisse, die vorliegen, zu befriedigen. Man wird also auch fertige Stiefeln zur Einfuhr zulassen müssen. Aehnlich wird mit den anderen Industrien zu verfahren sein; jedoch wird man unter allen Umständen die Einfuhrerlaubnis nicht geben, wo sie die zukünftige Sozialisierung erschweren kann.

Eins muß unter allen Umständen hervorgehoben werden, daß dem Wirtschaftsprogramm wie es vom Kabinett aufgestellt wird, seiner Stellung zum Wissellschen Wirtschaftsplan rein politische Gründe nicht unterstellt werden dürfen. Der Wissellsche Wirtschaftsplan ist in erster Linie von den sozialdemokratischen Mitgliedern des Kabinetts abgelehnt worden, weil man in diesen Kreisen glaubt, daß dieser Arbeitsplan zu einer gemeinsamen Interessengemeinschaft der Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf Kosten der Konsumenten führen würde. Aehnliche Erscheinungen haben sich ja auch in der Kalkwirtschaft geltend gemacht. Jedenfalls lehnt man es ab, das Unternehmertum durch einen solchen Wirtschaftsplan, wie ihn Wissell beabsichtigt, noch mehr in seinem Einfluß auf den Konsum zu verankern und dazu beizutragen, die Arbeiterschaft mitschuldig werden zu lassen an Lasten, die den Konsumenten durch diese Wirtschaft aufgebürdet werden würden. Wissell selbst hat bei seinem Programm den Plan verfolgt, die Sozialisierung für absehbare Zeit zurückzustellen. Das glaubte man im Kabinett nicht verantworten zu können und hat infolgedessen den Wissellschen Plan abgelehnt.

Die Arbeitsverhältnisse in den Reichsministerien.

Wie die „B. P. N.“ erfahren, haben sich fünf Vertreter der zehn Reichsministerien am Freitag nach Weimar begeben, um dort mit den zuständigen Reichsministern zu verhandeln über die Neugestaltung des Arbeitsverhältnisses und die Neuregelung der Wirtschaftslage.

Es ist bekannt, daß auch die Arbeitsausschüsse der einzelnen Ministerien das gesetzliche Mitbestimmungsrecht bei der Einstellung und Entlassung für sich beanspruchen. Auf wirtschaftlichem Gebiet wird, wie es heißt, eine Entschädigungsklausel und eine Erhöhung der jetzt bestehenden Gehaltsskalen gefordert. Ferner sind diese Verhandlungen von vornherein durch einen höchst peinlichen Uebergriff belastet worden. Es hat nämlich in einer Sondersitzusammenkunft aller Angestellten des Reichsschatzministeriums der Verband der Bureaugehilfen für sich in Anspruch genommen, an den gedachten Weimarer Verhandlungen teilnehmen zu sollen. Merkwürdigerweise hat die gesamte Versammlung der Angestellten des Reichsschatzministeriums diesem völlig unzulässigen Verlangen Rechnung getragen, ohne zu bedenken, daß die Beamten und Angestellten des Reichsministeriums dadurch in Gefahr kommen, in eine unterstellende Position, mit der sie bis jetzt nicht das Geringste zu tun hatten, abgedrängt zu werden. Es wird abzuwarten sein, ob diese Einmischung nicht den ruhigen Gang der Verhandlungen stört, wenn nicht gar unmöglich macht.

Der Osten vor der Uebergabe.

Freie und Hansestadt Danzig?

F. **Danzig**, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In der gestrigen ersten Sitzung des Verfassungsausschusses für den Freistaat Danzig wurde vorgeschlagen, dem neuen Freistaat die Bezeichnung „Freie und Hansestadt Danzig" zu geben. Die Mehrheitssozialisten bekämpften diese Bezeichnung, weil sie in dem Worte Hansestadt eine Betonung der Handelsaristokratie erblickt. Ein weiterer Beschluß ging dahin, das Parlament der freien Stadt aus 90 Mitgliedern bestehen zu lassen. Der Magistrat hatte 72, die Mehrheitssozialisten 144 beantragt. Die Gründung einer Bürgerwehrtruppe zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im freien Staate wurde beschlossen.

Das Aufhören der Arbeiterräte.

Thorn, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In einer Sitzung des Danziger Vollzugsausschusses wurde auf Antrag des Danziger Arbeitersekretärs Arczynski über das Schicksal der in den preußischen bestehenden Arbeiterräte nach dem Uebergang dieser Gebiete an Polen von polnischer Seite mitgeteilt, daß selbstverständlich die Arbeiterräte in Polen keinen Bestand haben werden, daß aber die bisherigen Arbeiterräte kaum ausgewiesen werden würden, da nicht Polen darunter seien. Nach dieser Erklärung des Vollzugsausschusses wurde den Arbeiterräten die Anweisung erteilt, ihre Funktionen auszuüben, bis entweder der Vollzugsausschuß oder eine andere bestehende Gewalt ihrer Tätigkeit ein Ende bereitet.

Eine gemeinsame Volkswehr für Graudenz.

F. **Thorn**, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die deutschen und polnischen Volksvertreter des Kreises Graudenz fordern die wahrheitsliebenden Männer beider Nationalitäten zum sofortigen Eintritt in die gemeinsame Volkswehr auf, um Unruhen zu verhüten und das bedrohte Leben und das Eigentum der Kreisbewohner zu schützen. Zum Kreiskommandanten ist Leutnant Glebocki-Gawlowitz ernannt.

Polnische Uebergriffe in Oberschlesien.

W. **Beuthen**, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In Radzionkau bei Beuthen versuchen die Polen durch Terrorakte gegen die Deutschen zu terrorisieren. Tätlichkeiten sind vorgekommen. An einigen Stellen des Ortes wurden Plakate angeheftet, in denen die deutsche Bevölkerung aufgefordert wurde, mit Rücksicht auf den herannahenden Einzug der Polen den Ort zu verlassen. Ein Offizier, der Plakate entfernen ließ, wurde auf der Straße durch Handgranaten getötet.

Die Einteilung Polens.

F. **Danzig**, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Nach dem jetzt vorliegenden Plane der Einteilung Polens in Verwaltungsbezirke soll Polen aus 15 Wojewodschaften bestehen, darunter die Wojewodschaften Posen, Thorn, Bromberg, Krakau mit dem polnischen Grenzlande, Lemberg, Tarnow, Lemberg, Stanislaw, Przemisl und einem weit hinter den San reichenden Bezirk Kolomea. Den wojewodschaften Gouverneure einer jeden Provinz, die noch in besondere Kreise eingeteilt wird, soll auf Grund einer weitgehenden Autonomie Rechnung getragen werden. Da die Stadt Thorn zur Wojewodschaft erhoben wird, werden die gegenden preußischen Verwaltungsbehörden von Danzig nach Thorn verlegt werden.

Tschechische Rüstungen.

Wien, 11. Juli. Auf eine Frage des Prager Korrespondenten der „Neuen Freien Presse", welchen Zweck die tschechoslowakischen Rüstungen nach dem Friedensschluß hätten, erklärte der Oberkommandant der tschecho-slowakischen Armee, General Pelle, es gäbe keinen ungarischen oder russischen, sondern nur eine ekstatische Bolschewikmus, dessen Ziele die gleichen seien. Verfalle heute Prag oder Wien dem Bolschewismus, so nehme dieser nach Deutschland und Westeuropa seinen Weg weiter. Bei einem Angriff der Bolschewisten gegen Deutsch-Oesterreich würden große Vorräte an Werkzeugmaschinen, Bankneten und Munitionsfabriken in die Hände Ungarns fallen, wodurch der Bolschewismus in ungeheuer gestärkt werden würde. Die wirklich gefährliche Zeit komme erst im Herbst, da ein allgemeiner Bolschewistenangriff für diese Jahreszeit vorbereitet würde.

Das Programm Tusars.

Prag, 10. Juli. In der Nationalversammlung hielt Ministerpräsident Tusar seine Programmrede. Bezüglich der Slowaken erklärte er, die Verhältnisse seien noch nicht konsolidiert und man müsse sich daher auf die bewaffnete Macht verlassen. Bedauerlicherweise seien die Franzosen und Italienern für die Hilfe gegen Ungarn die Beschränkung der bäuerlichen Freiheiten werde aufgehoben werden, sowald die Slowakei nicht mehr bedroht sei.

In der äußeren Politik würden weiterhin die freundschaftlichen Beziehungen zu den Verbündeten gepflegt und vertieft. Mit allen übrigen Staaten sollen gute Beziehungen aufrechterhalten werden.

Ueber die innere Politik sagte der Ministerpräsident, daß zu dem Zusammenleben mit den nationalen Minderheiten die Prinzipien der Demokratie Geltung haben sollten, die für alle Bürger des Staates Gleichheit vor dem Gesetz bedeuten.

Zur Ernährungsfrage bemerkte Tusar, das Getreide solle weiter staatlich bewirtschaftet werden. Die Regierung wolle den Abschluß von Handelsverträgen besonders Wirtschaftsabkommen treffen. Der Organisation der Produktion will die Regierung größte Aufmerksamkeit schenken unter Berücksichtigung der Rechte des Sozialismus und der Rechte des arbeitenden Volkes, wobei sie sich aber bemüht sei, jeden Klassenkampfmethoden keine gewaltsamen Eingriffe vorträge.

Wilson gegen Carranza?

S. **Haag**, 14. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Ueber die amerikanische Politik gegenüber Mexiko schreibt die „Times" aus New York: Es ist möglich, daß Wilson eine kräftige amerikanische Politik einleiten wird. Die Beziehungen zum Präsidenten Carranza werden immer verwickelter. Von amerikanischen Petroleumgesellschaften wurde nicht gestattet, in der Nähe von Tampico neue Bohrtürme anzulegen. In verschiedenen Fällen haben sich mexikanische Truppen gegenüber Amerikanern Verfehlungen zuschulden kommen lassen. Das Staatsdepartement hat den Vertretern der Petroleuminteressenten mitgeteilt, daß die Regierung sich kräftig hinter sie stellen würde, falls diese Ungerechtigkeiten fortdauern würden. In Washington hat man den Eindruck, daß es eine Aktion von durchgreifender Art sein müsse, wenn sie überhaupt vorgenommen würde. Vorgehen wäre nicht nur eine Besetzung von Veracruz, sondern Hand in Hand würde eine Aktion gehen, um Carranza zu Fall zu bringen. Wilson würde bei energischem Vorgehen das Land hinter sich haben. Carranza hat in den Vereinigten Staaten keine Sympathien. Seine Präsidentschaft hat sich als ein großer Fehler erwiesen. Die ausländischen Interessen in Mexiko haben ständig gelitten, nicht nur durch Carranzas Opportunität, sondern vor allem durch seine außerordentlich hohe Besteuerungspolitik, deren Opfer die Eisenbahnen und ähnliche Unternehmen, ebenso wie die Petroleumgesellschaften gewesen sind. Andererseits werden keine Bemühungen gemacht, um den Verpflichtungen der ausländischen Schuld nachzukommen, während Carranza im Verlaufe des Krieges deutscher Treiberein vorsichtig ist.

Rücktritt des englischen Departementschefs für überseeischen Handel.

Amsterdam, 11. Juli. Der Chef des englischen Departements für den überseeischen Handel Sir Arthur Steel Maitland hat, wie „Algemeen Handelsblad" meldet, seine Entlassung genommen. In einem Schreiben an Bonar Law gab er als Grund dafür an, daß er die Verantwortung für seine Arbeit nicht länger tragen könne, da er nicht wisse, ob es der Regierung mit der Wiederherstellung des internationalen Handels, die er für notwendig erachte, ernst sei.

Eine Klausel in der Ausländerbill.

London, 11. Juli. (Unterhaus.) Der Ausschuß, der sich mit der Ausländerbill befaßt hat in die Vorlage eine Klausel aufgenommen, in der die Beschäftigung von Ausländern auf 25 Prozent beschränkt wird, mit der Bestimmung, daß diese Bestimmung von den Vertragsverpflichtungen abhängig sei und ein Präjudiz für sie bilde.

Rotterdam, 11. Juli. „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London: Die Regierung hat eine Niederlage erlitten. Sir Hammar Greenwood erklärte, er könne keine Hoffnung geben, daß die Regierung sich mit dieser Bestimmung einverstanden erklären werde. Es seien mehr britische Untertanen im Auslande als Ausländer in England, und die Annahme der Bestimmung würde Vergeltungsmaßnahmen zur Folge haben und die Millionen britischer Untertanen in anderen Ländern in eine schwierige Lage bringen. — „Daily News" schreibt: Das Vorgehen des Ausschusses schadet dem guten Ruf Englands.

Das Gesetz über die englischen Reichsvorzugszölle.

Amsterdam, 10. Juli. Bei Beratung des Finanzgesetzes im englischen Unterhaus schlug Chamberlain einen Zusatz vor, der das Recht gibt, die Reichsvorzugszölle auf jedes Gebiet auszudehnen, in dem ein Teil des britischen Reiches Mandatar des Völkerbundes wird, vorausgesetzt, daß die Bestimmungen des Mandats diese Ausdehnung gestatten. Der Zusatz wurde mit 196 gegen 58 Stimmen angenommen. — Die Vorlage über die Reichsvorzugsnovelle wurde mit 271 gegen 92 Stimmen angenommen.

Bernstorff über die Beziehungen zu Amerika.

In einem Artikel der Wochenschrift „Das demokratische Deutschland" entwickelt Graf Bernstorff, der frühere deutsche Botschafter in Washington, ein bemerkenswertes Programm zukünftiger deutsch-amerikanischer Politik. Es heißt darin:

Das deutsche Volk muß von neuem an die Arbeit gehen und eine Revision des Friedensvertrages zu erreichen suchen. Eine solche ist nur durch uns in den Völkerbund zu erlangen. Unsere außenpolitische Politik muß künftig in einem ständigen Kampfe für den Ausbau des Völkerbundes bestehen. Wenn wir in diesen aufgenommen sind, wird dadurch wieder Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit gewährt. Dann können wir auf eine Weltordnung hoffen, welche den Imperialismus der einzelnen Mächte einhämmt und eine Weltwirtschaft herbeiführt, die über die Grenzen der Staaten hinweg die Völker miteinander verbindet. Ich brauche kaum darauf hinzuweisen, daß eine derartige deutsche Politik uns ganz von selbst in die Seite der Vereinigten Staaten führen würde. Dort ist der Gedanke des wahrig friedlichen Völkerbundes lebendig. Dort allein sind die Gedanken zu finden, um eine solche Weltwirtschaft zu bilden. Dort wird der Hauptvertreter der Völkerbundsidee nach 20 Monate am Ruder sein. Bei Herrn Wilsons Naturell ist mit Sicherheit zu erwarten, daß er den Kampf für einen wahren Völkerbund mit größter Energie weiter führen wird.

Wir dürfen uns aber über eins nicht täuschen. In den republikanischen Vereinigten Staaten denkt man sich unter Demokratie etwas anderes wie bei uns. Der Sozialismus ist dort sehr unbeliebt, und unsere „planmäßige Gemeinwirtschaft" stößt jeden Amerikaner ab. Nicht umsonst trägt der uns aufsteigende Gedanke individualistisch-kapitalistische Züge. Selbstverständlich sollen wir getreu dem demokratischen Prinzip unser eigenes Haus so einrichten, wie es der Mehrheit des deutschen Volkes wünscht, und diese wird immer verlangen, daß das neue Deutschland mit einem sechsten Truppen sozialen Oeles gesalbt wird. Daraus folgt aber noch nicht, daß wir den Sozialismus als Exportware zu verwenden brauchen. Hier einiges es, auf das Problem hinzuweisen, welches in Zukunft unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten trüben könnte und für das eine günstige Lösung gefunden werden muß. Wenn wir wieder ein freundliches Verhältnis zu den Bürgern der Vereinigten Staaten herstellen wollen, müssen wir diese überzeugen, daß das alte militärische Deutschland begraben ist, und daß das neue nicht die Absicht hat, den Mythos der sozialistischen Weltrevolutionen zu pflegen. Ohne amerikanische Hilfe dürfte es kaum möglich sein, die deutsche Wirtschaft wieder aufzurichten. Ich zweifle aber nicht, daß wir bei richtiger Politik diese Hilfe für uns gewinnen werden.

Die Einwanderungsfrage in Amerika.

Amsterdam, 11. Juli. Nach einer drahtlosen Meldung aus New York hat Samuel Gompers in einer Rede über die Einwanderungsfrage erklärt, wenn die Arbeiter der anderen Länder ebenso organisiert wären wie die amerikanischen, und wenn ihre Lebenshaltung der der Amerikaner gleichkäme, so würden gegen eine unbegrenzte Einwanderung keine Bedenken bestehen. Wenn er zu entscheiden hätte, würde er alle Arbeiter zulassen, die im Besitz von Mittelbriefen von Gewerkschaften seien und versprächen, für die Aufrechterhaltung des Lebensstandards, den die Arbeiter erkämpft haben, mitzukämpfen.

Durchführung des Befreiers von Paris.

⊙ **Paris**, 11. Juli. (Indirekter Dienst der „Deutschen Allgemeinen Zeitung".) Marschall Joffre wird, wie man hört, bei der Friedensfeier am 14. Juli nicht am militärischen Vorbeimarsch teilnehmen, sondern der Feier nur von der Präsidententribüne aus beiwohnen, weil sich für ihn kein passender Platz findet. Der „Matin" ist damit unzufrieden und verlangt eine Nachprüfung der bisher getroffenen Anordnung.

Der große französische Streik am 21. Juli.

Rotterdam, 11. Juli. Nach dem „Daily Telegraph" werden am 21. Juli in ganz Frankreich, Elsaß-Lothringen inbegriffen, 1½ Millionen Arbeiter in den Streik treten. Außer den Post- und Telegraphenangestellten werden die Bergarbeiter, Metallarbeiter, Hafenarbeiter und Bergarbeiter am Streik teilnehmen.

Paris, 11. Juli. (Havas). Der Minister der Oeffentlichen Arbeiten hat dem Ministerrat den Text eines Aufrufs an die Eisenbahner vorgelegt, die dem Streik am 21. Juli zustimmten. Diejenigen Angehörigen der gegenwärtig unter den Fahnen stehenden Klassen, die ihren Posten verlassen haben, werden den Militärbehörden zur Verfügung gestellt, die sie zu ihren Truppen zurückführen werden, oder sie werden disziplinarisch bestraft. Die Angehörigen demobilisierter Klassen können vor das Kriegsgericht gestellt werden.

Versailles, 11. Juli. Die Kellner und die Angestellten der Pariser Cafés, Gastwirte und Weinhändler haben den Generalstreik beschlossen, der von heute ab in Kraft tritt. Sie verlangen unter anderem den Achtstundentag.

Die Akte von Algeciras null und nichtig.

Versailles, 11. Juli. Der Kammerausschuß zur Prüfung des Friedensvertrages beschäftigte sich gestern mit den Klauseln betreffend Marokko, Aegypten, Siberia, Siam und Schantung. Der Berichterstatter Long sprach seine Genugtuung darüber aus, daß Frankreich nunmehr volle Bewegungsfreiheit in Marokko habe, und daß damit die Akte von Algeciras für null und nichtig erklärt werde. Auch Langer habe nunmehr seinen internationalen Charakter verloren. In der Schantungfrage könne Frankreich dem Vertrag zustimmen, da Amerika ihn gezeichnet habe.

Englische Militärmissionen in Südrußland, Wien und Sofia.

Amsterdam, 11. Juli. Den englischen Blättern vom 8. Juli zufolge teilte Sir Hoare in der Sitzung des Unterhauses vom 8. Juli die Frage, ob nicht dem Auswärtigen Amt politische Agenten nach Südrußland, Sofia und Wien geschickt werden könnten. Cecil antwortete, wenn mit Südrußland das vom General Denikin beherrschte Gebiet gemeint werde, so könne mitgeteilt werden, daß ein Hauptquartier Denikins eine politische Militärmission sei und der Oberste Wirtschaftsrat in Paris eine wirtschaftliche Mission entsandt habe, um die Verhältnisse an Ort und Stelle zu studieren. Was Bulgarien und Oesterreich betreffe, so herrschten in diesen Ländern noch immer Kriegszustände und seien diplomatische Beziehungen genau genommen unmöglich. Die englische Regierung habe aber im Berücksichtigung der eigenartigen Verhältnisse in Frage der Entsendung von Vertretern in Sofia und Wien sorgfältig erwogen und man hoffe, daß in dieser Angelegenheit binnen kurzem eine Entscheidung getroffen werde. Inzwischen befinden sich politische Militärmissionen in Bulgarien und Oesterreich.

Revolution in Italien?

P. **Wien**, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Abend" meldet, daß in Italien an verschiedenen Orten Revolution ausgebrochen sei. Sizilien sei ein einziger Herd der Revolution. Das Verlangen Frankreichs nach Aufklärung der Vorgänge in Fiume habe die Lage nur verschwert. In die italienischen Sozialisten durch das Vorgehen der französischen Regierung sehr verbittert seien.

Lugano, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die angekündigte Besprechung Tittonis mit den Fraktionsführern hat gestern abend stattgefunden. Der Ministers berichtete eingehend über den Stand der Dinge in Paris, zu dem sich die anwesenden Parteiführer ebenfalls in längeren Ausführungen äußerten. Es wurde Geheimhaltung der Diskussion beschlossen, doch nimmt man an, daß Tittoni in der Kammer entsprechende Mitteilungen machen wird. — Der römische Korrespondent des „Secolo" will wissen, Tittonis Mitteilungen in der Konferenz mit den Fraktionsführern seien wenig erfreulicher Natur gewesen. Die Aussichten Italiens auf Erfüllung seiner Wünsche durch die Verbündeten seien nur gering. Aehnliche Informationen gibt die „Perseveranza", die erklärt, die neuen Vorschläge der Verbündeten über die Lösung der Adriafrage gingen noch über das für Italien ohnehin nicht befriedigende Maß hinaus.

Die Finanzlage Italiens.

Rom, 11. Juli. (Stefani.) In der Kammer legte der Finanzminister dar, daß im Jahre 1918/19 die wirklichen Ausgaben 32 Milliarden 659 Millionen und die wirklichen Einnahmen 8 Milliarden 462 Millionen gegen 4 Milliarden 419 Millionen im Vorjahre betrugen. Der Fehlbetrag wird teilweise durch Anleihen, teilweise durch Mittel des Schatzes gedeckt werden. Die Schuld Italiens ist von 13 Milliarden auf 19 Milliarden gestiegen. Die Kriegsausgaben übersteigen 90 Milliarden. Der Minister sagte, daß die für Wiederaufmachungen geforderten Summen genügen werden, um die innere Schuld zu bezahlen. Die Steuern haben sich um 3¼ Milliarden erhöht. Es ist eine außerordentliche Steuer für alle Vermögen von durchschnittlich 15 v. H. notwendig, von der die kleinen Vermögen aufgenommen werden.

Fünfundvierzigstündige Arbeitswoche in Holland. Eine Korrespondenzbureau-Meldung aus dem Haag teilt mit: Die Zweite Kammer hat heute die 45stündige Arbeitswoche angenommen.

Ein wissenschaftlicher Attaché Amerikas in London. Ein Telegramm unseres S.-Mitarbeiters aus dem Haag berichtet: Wie im englischen Unterhause mitgeteilt wurde, hat die Regierung der Vereinigten Staaten bei ihrer Botschaft in England einen wissenschaftlichen Attaché akkreditiert. Ernannt dazu ist Major Mendenhall, Professor der Physik an der Universität Wisconsin.

Hochschulreform.

Von

Konrad Haenisch.

Wir bringen hier einen Erlaß des Ministers Haenisch zum Abdruck, welchen er unterm 17. Mai 1919 an die Universitäten und Technischen Hochschulen gerichtet hat. Er findet sich auch als Anhang einem Buche beigefügt, in dem unter dem Titel „Gedanken zur Hochschulreform" Unterstaatssekretär Dr. Becker seine Aufsätze zusammengefaßt hat, die im Winter 1918/1919 in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" zuerst erschienen sind. (Duelle & Meyer, Leipzig.)

Unmittelbar nach der Revolution wurden in allen Gauen Deutschlands Stimmen laut, die als Einleitung zum geistigen Wiederaufbau eine Reform unseres Hochschulwesens forderten. Da alle deutschen Hochschulvereinigungen gelangten mannigfache Forderungen von Studierenden und Körperschaften, darunter auch den beteiligten Hochschulen selber. In dem Bestreben, die wichtige Angelegenheit nicht zu übereilen, habe ich die sofortige Erledigung bis nach Schaffung gesetzmäßiger Zustände aufgeschoben. Nachdem diese hergestellt sind und einzelne deutsche Einzelstaaten schon mit Reformen begonnen haben, ist es im Interesse der Einheitlichkeit des deutschen Hochschulwesens unerläßlich, auch in Preußen die nötigen Unterlagen für einen Gedankenaustausch zwischen den deutschen Hochschulstaaten zu beschaffen. Ich beabsichtige deshalb eine vertrauensvolle Aussprache zwischen den preußischen Hochschulen und der Regierung zwecks Materialsammlung zu eröffnen.

Mit Freuden habe ich bemerkt, daß die oft harte Kritik an unseren Hochschulzuständen sich im allgemeinen nicht gegen den Geist der deutschen Wissenschaft wendet. Auch laute ich es durch Verordnungsmaßnahmen beeinflussen zu wollen. Die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei und sollen frei bleiben. Der Fortschritt der Wissenschaft ist die Frucht schöpferischer Persönlichkeiten, nicht bureaukratischer Vorschriften. Die Regierung kann einzig und allein die Aufgabe haben, führenden Köpfen, welcher Richtung und Partei sie auch angehören, Luft und Licht zu freier Entfaltung ihrer Kräfte im Dienste der Allgemeinheit zu verschaffen. Diese Aufgabe wird sie entschieden auch gegen Widerstände und Beeinflussungen zu erfüllen wissen. Jedenfalls kann die deutsche Wissenschaft, wenn sie wirklich reformbedürftig wäre, nur von innen heraus durch ihre Träger und nicht durch Ministerialerlasse umgestaltet werden. Die Wissenschaft steht also bei der Beratung über die Hochschulreform nicht zur Erörterung.

Unsere Hochschulen dienen aber nicht nur der wissenschaftlichen Forschung und Lehre, sie sind auch Ausbildungsstätten für die wissenschaftlichen Staatsbeamten und freien Berufe. Die hier liegenden Aufgaben dürfen gegenüber den Forschungsaufgaben nicht vernachlässigt werden. Neben dem unwandelbaren Ziel der Wissenschaft liegen hier von Zeit und Umständen abhängige, also wandelbare pädagogische Aufgaben, für die ein Mitbestimmungsrecht der Verwaltungsorgane außer Zweifel steht. Die Freiheit der Wissenschaft ist also nicht bedroht, wenn der Staat sich darum kümmert, ob die bei der Ausbildung seiner künftigen Diener angewandten Methoden auch wirklich Schritt halten mit den veränderten Anforderungen einer neuen Zeit. Auch hochschulpädagogischem Gebiet liegt aber der Schwerpunkt des augenblicklich Kritik unserer akademischen Zustände. Hier scheinen auch wir Reformen am Platze, und deshalb habe ich eine ausführliche Beratung mit den gesetzlichen Stellen ins Auge gefaßt.

Bevor das aber geschehen kann, muß erwogen werden, ob die bisherigen Organe der Hochschulen tatsächlich noch als einzige Vertreter der Lehrkörper angesehen werden können, oder ob es sich nicht empfiehlt, eine breitere Basis für die hochschulpädagogische Beratung zu schaffen. In der bisherigen Erörterung der Hochschulreform spielt die Frage der Hochschulorganisation eine hervorragende Rolle. Hier scheint mir eine baldige Neuordnung nicht nur wünschenswert, sondern auch möglich. Spruchreif ist vor allem die Frage nach der Stellung der außerordentlichen Professoren im Rahmen der Universitäten. Die völlige Aufhebung des Extraordinariats und die Schaffung einer einzigen Klasse von planmäßigen Professoren ist in Anregung gebracht. Eine andere Regelung wäre natürlich nur im Wege von Aenderungen der Besoldungsordnung, d. h. durch Gesetz möglich. Da sich diese nicht absolut verwirklichen läßt, kommt die vorläufige Ueberführung sämtlicher planmäßiger Extraordinariate in persönliche Ordinariate in Frage. Die nicht planmäßigen Extraordinariate könnten in Honorarprofessuren umgewandelt. Die Senate und Fakultäten (Abteilungen) werden ersucht, schleunigst zu diesen Pläne zu äußern und gegebenenfalls Uebergangsbestimmungen in Vorschlag zu bringen.

Ein weiteres dringendes Problem ist die Neuregelung der Stellung der Privatdozenten. Die große Besorgnis blickt sich auf die wirtschaftliche Lage unseres akademischen Nachwuchses. Vorschlägen zu seiner Sicherstellung sehe ich entgegen. Auch liegt mir daran, den nichtbeamteten Mitgliedern der Lehrkörper, den Privatdozenten und Honorarien, eine amtliche Vertretung in der akademischen Gesamtkörperschaft zu verschaffen. Ich sehe einer Aeußerung darüber entgegen, ob eine Vertretung der Privatdozenten und Honorarien in den Senaten und Fakultäten (Abteilungen) oder ob die Schaffung eigener Vertretungen der nichtbeamteten akademischen Lehrer (Privatdozentenkammern) empfohlen wird, und welche Aufgaben diesen Vertretungen zuzuweisen sind.

Endlich ersuche ich darüber zu beraten, ob überhaupt und gegebenenfalls wie und für welche Gebiete die Studentenschaft an den Hochschulgesetzen ordnungsmäßig zu beteiligen ist. Nachdem die Frage Mitgliedschaft der älteren Schüler an der Schuldeputation als wichtiges pädagogisches Erziehungsmittel erkannt und in Durchführung begriffen ist, geht es nicht mehr länger an, die so viel reiferen Studierenden völlig von der akademischen Selbstverwaltung auszuschließen.

Auf alle diese Fragen erfuche ich die verschiedenen Hochschulen bis zum 1. Juli zu berichten. Den Berichten können Vorschläge zur Organisation der Hochschulen auch über den Rahmen der geteilten-Fragen hinaus angeschlossen werden, doch sind die Berichte auf organisatorische Fragen zu beschränken. Sollte der Wunsch bestehen, schon jetzt über unterrichtliche (hochschulpädagogische) Fragen eine Erörterung zu eröffnen, so wäre auch darüber gutachtlich zu berichten. Es wird den Hochschulen anheimgestellt, unter Beteiligung der gesetzlichen Vertreter der sebenfalls zu hörenden Extraordinarien und Privatdozenten, fakultäts- bzw. abteilungsmäßig gegebenenfalls auch über in einem geschlossenen Votum der Gesamtkörperschaft zu berichten.

Die Dresdner und die Berliner um 1780.

Die nachfolgende Schilderung ist einem Aufsatz „Kleine Wanderungen durch Deutschland" entnommen, erstmals abgedruckt in der Zeitschrift „Deutscher Merkur" v. J. 1785.

Die Dresdener leben sparsamer als die Berliner, aber nicht aus Trieb, sondern aus Zwang: sie sind im allgemeinen um ein gut Teil ärmer als die Berliner, obgleich sie nicht so viel ausgeben als jene. In Dresden sitzen drei bis vier junge Leute um eine kleine Flasche und trinken aus ganz kleinen Gläschen — in Berlin nimmt gewöhnlich der Mann eine Flasche, und trinkt aus hohen, großen Gläsern, in welche die ganze Flasche auf einmal hineingegossen wird.

In Dresden habe ich — was mir sehr lächerlich vorkam — Frauen gesehen, welche ein Kopfzeug trugen und Wasser vom Brunnen holten; in Berlin bezahlen die Köchinnen, die nur ein wenig auf sich halten, Weiber oder Mädchen, die ihnen das Wasser holen und andere Arbeiten verrichten müssen, die ihnen selbst als zu mühsam erscheinen.

Der Ton in den Dresdener Kaffeehäusern ist von dem in den entsprechenden Berliner Lokalen himmelweit verschieden. In Dresden spricht man mit der größten Achtung von dem Landesherrn und seinen Verfügungen und spaß man sich dort in denselben auf, während sich die Brandenburger bestreben, das Schlechte ausfindig zu machen. Man spricht hier nicht anders als: der gnädige Kurfürst, unsere gnädige Herrschaft; die Brandenburger glauben ihren König schon recht höflich zu behandeln, wenn sie ihn schlechtweg den Alten nennen.

Wenn der Kurfürst nach Annaburg auf die Jagd geht, so erfolgen entsetzlich ängstliche Fragen, wie: Ist er glücklich angelangt? Wird sich der gute Herr auch gut halten? Wann wird er wiederkommen? — Kommt er dann wirklich zurück, so wird in kurzer Zeit ganz Dresden, wie viele Hiebe er geschossen hat, und wie viele Enten sie hatten. Es herrscht allgemeiner Jubel, wenn man ihn glücklich wiedersieht, und schon zwey Stunden vor seiner Ankunft stehen Schaaren von Männern und Weibern, jung und alt, vor seinem Schlosse, und alles drängt sich, den Hut vor ihm zu ziehen. König Friedrich führt durch Berlin, und kaum sieht man sich nach ihm um; und noch viel weniger sieht man still, um ihn mit einem bevoten Bückling zu salutieren, und reitet er auf seinem alten Schimmel durch die Straßen, so stürzt die Schul- und Straßenjugend von allen Seiten herbey. Eine Schaar verlauter Knaben überschickt sich in tausend tollkühnen Purzelkünsten unmittelbar vor dem Pferde, Mützen und Hüte fliegen in die Luft, und unaufhörlich schreit alles: Es lebe Fritz, Es lebe Fritz! So begleiten ihn die Schaaren die Straße auf und auf, ohne daß der König eine Miene verzieht. Mit demselben Löwenauge, dessen zorniges Blitzen man sehr wohl kennt, sieht er gleichmütig auf das Treiben eines dreisten, aber doch nicht böswilligen Volkswitzes herab.

Die Zerstörung der Kathedrale von St. Quentin.

Der wahre Sachverhalt.

Als die Deutschen am 28. August 1914 in St. Quentin einrückten, waren bereits einige Kostbarkeiten — (so das Evangeliarium aus der Mitte des 10. Jahrhunderts, die Authentik aus dem Beginn des 12. Jahrhunderts und die Kreuzpartikel, die König Ludwig IX. dem Kapitel geschenkt hatte) — entfernt worden. Unverständlich erschien jedem der zahlreichen deutschen Bundesstaaten schon damals der Zustand der Vernachlässigung und des Verfalls des herrlichen Bauwerks. Die Strebepfeiler waren verwittert und die Kalkverputzung bröckelte überall ab. „La grande délabrée", die große Verfallene, hatten daher die Bewohner von St. Quentin schon lange vor dem Weltkrieg die Basilika genannt.

Fast zwei Jahre lang blieb die Kathedrale unversehrt. Am 1. Juli 1916 wurden bei einer durch französischen Fliegerangriff verursachten Explosion auf der Südseite die Fensterpfosten eingedrückt und die berühmten Glasmalereien beschädigt. Als St. Quentin in das unmittelbare Kampfgebiet einbezogen wurde und am 1. März 1917 die Stadt von der Zivilbevölkerung geräumt werden mußte, stellte der Stadtkommandant dem Erzpriester alle Mittel zur Verfügung, um die Kirchenschätze rechtzeitig wegzubringen. Trotzdem zahlreiche Militärgeistliche zur Annahme des wohlwollenden Angebots rieten und auf die Schwäche des Gruftgewölbes hinwiesen, lehnte der Erzpriester den Vorschlag ab, bestand vielmehr auf seinem Vorhaben und verbrachte die Kirchenschätze und verschiedene Skulpturen in die Krypta, deren Zugang dann von der Stadtkommandantur vermauert und versiegelt wurde. Das Armee-Oberkommando ließ noch die wichtigsten Kunstschätze von St. Quentin, darunter zahlreiche Handschriften aus der Bibliothek und die 88 Pastelle des berühmten Quentiner Malers de la Tour aus dem Museum nach Maubeuge in Sicherheit verbringen und ebenso von der Kathedrale 6 der wertvollsten Skulpturen und die kostbaren, frühgotischen Glasmalereien, die zuvor durch erfahrene, aus Köln herbeigerufene Techniker ausgebaut wurden. Inzwischen kam am 7. April die Stadt unter das schwere Feuer der Gegner, vom Norden der Engländer, vom Süden der Franzosen. Ein bei der Rettung der Skulupturen beschäftigter Soldat wurde durch eine Granate getötet. Die wegen der heftigen Beschießung unterbrochenen Bergungsarbeiten konnten daher erst Ende Mai bei etwas nachlassender Stärke des gegnerischen Feuers durch deutsche Pioniere zur Nachtzeit wieder aufgenommen werden. Es wurden trotz der großen Schwierigkeiten noch mancherlei Skulpturen und Glasmalereien dank der Fürsorge des Armee-Oberkommandos gerettet. Schon am 9. April erhielt die Kathedrale fünf Treffer. Ende Mai war sie durch etwa 50 Granaten fast ausschließlich auf der Südseite, wo die Franzosen standen, getroffen, das südliche Querschiff durch drei Geschosse durchschlagen und die südliche Strebemauer mehrfach zerrissen.

Nach kurzer Pause setzte die Beschießung von St. Quentin teilweise mit Brand- und Gasgranaten, besonders in der Gegend der Kathedrale und des Marktes wieder mit großer Heftigkeit ein. Am 28. Juli hatte die Kathedrale nach den Feststellungen der Obersten Heeresleitung durch die Franzosen und Engländer bereits 300 Volltreffer erhalten. Mitte August wuchs die Feuertätigkeit noch mehr an. Am 15. August abends entstand infolge heftiger Beschießung ein Brand in und neben der Kathedrale. Der amtliche deutsche Heeresbericht vom 16. August meldete: Es gelang den Franzosen, mit etwa 3000 Schuß auf die innere Stadt das Pfarrhaus in Brand zu schießen; von dort sprang das Feuer auf die Kathedrale über, die seit 8 Uhr 30 Minuten in Flammen steht. Demgegenüber wagten die Franzosen den wahren Sachverhalt in ihrem Heeresbericht vom 16. August abends dahin zu verdrehen, die Deutschen hätten Feuer an die Kathedrale von St. Quentin gelegt, die seit mehreren Stunden brenne, sie behaupteten angesichts der bejammernswerten, von ihnen selbst zerschossenen Stadt, der französischen Artillerie sei es verboten, auf die Stadt oder sogar auf die Kathedrale zu schießen, während die Richtung der Einschußöffnungen sowie die zahlreichen Ausbläser und Blindgänger, die Sprengstücke von Schrapnells und Granaten, die in und um die Kathedrale auf Schritt und Tritt anzutreffen waren, den französischen und zum Teil englischen Ursprung erwiesen. Bei dem Brand wurde der ganze Dachstuhl der Kathedrale ein Opfer der Flammen, die Giebel stürzten ein und das teilweise zusammenbrechende Gewölbe beschädigte das Innere der Kirche. Anfänglich schien es, als ob das Innere noch gerettet werden könnte, da die Gewölbe zunächst einigermaßen standhielten. Aber bei der vernachlässigten und verwitterten Natur der „grande dé labrée" stürzten unter den Einwirkungen der Witterung und der erneuten Beschießung schon im September das Gewölbe des großen Querschiffes, bei den späteren Beschießungen ziemlich das ganze Chorhaus ein. Das Gewölbe im Langhaus, das auch schon große Löcher aufwies, brach dann bei der letzten Beschießung durch die Gegner vor unserer großen Märzoffensive zum großen Teil zusammen und erfüllte das Innere mit wüsten Trümmerhaufen. Im übrigen waren die Gewölbe und die Strebemauern allenthalben zerrissen und durchschlagen. Durch die immer wiederholten Beschießungen, bei denen die Kathedrale alle zwei bis drei Tage ihre Treffer erhielt, wurde das Zerstörungswerk vollendet.

Daß nicht alle Schätze der Kathedrale vernichtet wurden und die hauptsächlichsten Kostbarkeiten vor dem Brande gerettet werden konnten, ist allein der Fürsorge des deutschen Armee-Oberkommandos zu verdanken.

Die politische Entwicklung in Kongreßpolen.

„Polens Lage gegenüber den germanischen Staaten ist schwer, aber wir müssen zugeben, daß die Lage der germanischen Staaten gegenüber der polnischen Frage kummervoll ist. Die Unabhängigkeit können sie uns nicht geben, einen Staatsverband aus dem ganzen polnischen Staatsgebiet zu machen, sind sie nicht imstande, und dabei harrt noch das Dilemma folgenden Inhalts seiner Lösung: Gewinnung der unerschütterlichen Freundschaft Polens bei gleichzeitiger Mißachtung der alten Rechte des polnischen Volkes!" Mit diesen Worten charakterisierte eine Mitte 1916 von nationaldemokratischen Kreisen in Polen verbreitete Broschüre die Schwierigkeiten der polnischen Frage für die Zentralmächte.

Die Entente hat die „Lösung" der polnischen Frage in ihrem Sinne durchgeführt. Die Zukunft wird den Wert oder Unwert der getroffenen Entscheidung offenbaren. Deutschland wird sich darüber klar sein müssen, daß es trotz aller Gegensätze Seite an Seite mit den Polen leben muß. Um so notwendiger ist es, Rückschau zu halten, aus den begangenen Fehlern zu lernen, die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Polens zu erforschen und weitesten Kreisen des deutschen Volkes zu vermitteln.

Vier Grundfehler sind während der Okkupationszeit von der deutschen Politik hinsichtlich Polens begangen worden. Es fehlte auf deutscher Seite an tüchtigen Sachkennern der einschlägigen Verhältnisse. Da die maßgebenden Stellen die polnischen Verhältnisse nicht übersahen, konnten sie zweitens kein klares Programm in der Polenfrage aufstellen. Eine eigentliche „Lösung" unter den bestehenden äußeren Bedingungen gab es für die alten Zentralmächte nicht: es konnte sich nur darum handeln, unter den verschiedenen Möglichkeiten die mit den geringsten Mängeln behaftete herauszusuchen. Ein dritter Grundfehler der deutschen Politik war, daß die Auseinandersetzung mit Oesterreich nie erledigt wurde. Und schließlich ließ man sich, anstatt klar und zielbewußt vorzugehen, von den Ereignissen treiben, und fast von jedem Fortschritt, den die polnische Frage machte, kann gesagt werden, daß er „zu spät" erfolgte, aber ein ganzes oder halbes Jahr vorher nicht aussichtslos gewesen wäre.

Diese Gedankengänge finden wir in einem von Dr. Paul Roth im Verlage von K. F. Koehler in Leipzig soeben herausgegebenen Buche: „Die politische Entwicklung in Kongreßpolen während der deutschen Okkupation". Wer selbst in dieser Zeit in Polen tätig gewesen ist, wird am ehesten ermessen können, mit welcher Sachkunde der Verfasser das so überaus verwickelte Thema angepackt und gemeistert hat. Die notwendige Kritik ist sachlich vornehm und objektiv durchgeführt und enthält sich — fast eine Ausnahmeerscheinung in heutiger Zeit — aller polemischer Schärfen. Das Buch enthält u. a. eine klare Uebersicht über die zahllosen polnischen Parteien, ihre mannigfaltigen Gruppierungen und Umgruppierungen bis zu den Wahlen der polnischen Konstituante. Eine klug und sorgfältig zusammengestellte Uebersicht über die politische Entwicklung im polnischen Judentum, bearbeitet von Wilhelm Stein, vervollständigt das Werk. Ein Register über polnische wie jüdische Parteien und Organisationen und ein Namenregister machen es zu einem auch für die Zukunft wertvollen Nachschlagebuch. Die Arbeit verdient die Beachtung weitester Kreise. **C. Gollnick.**

Die Polentransporte unmöglich.

Der in Altona und Hannover ausgebrochene Eisenbahnerstreik hat die deutscherseits den Alliierten zugesagte Wiederaufnahme der Polentransporte vorläufig unmöglich gemacht.

Daß durch ihr Verhalten den Feinden Deutschlands eine Handhabe zum Eingreifen geboten wird, macht den Treibern des Streiks keine Sorge.

Protest gegen die Zerstörung des Kehler Kriegsdenkmals.

Die deutsche Regierung hat bei den Alliierten gegen die in der Nacht vom 28. zum 29. Juni durch französische Truppen vorgenommene Zerstörung des Kriegsdenkmals im ehemaligen Dorfe Kehl Protest eingelegt und um Bestrafung der Schuldigen ersucht.

Der Gesetzentwurf über die Betriebsräte.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik (gezeichnet Max Cohen) teilt mit:

Im Auftrage des Reichsarbeitsministers hatte der Zentralrat eine Konferenz mit Vertretern von Betriebsräten des ganzen Reichs zur Besprechung des Gesetzentwurfs über die Betriebsräte einberufen. Diese Konferenz, deren Teilnehmer aus 15 Mitgliedern der U. S. P. D., 9 Mitgliedern der S. P. D. und einem Mitglied der K. P. D. zusammensetzen, tagte vom 8. bis 10. Juli. Eine Verständigung über den Gesetzentwurf kam nicht zustande, da die Konferenz als Mindestforderung das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in allen Angelegenheiten des Betriebes verlangte, das von der Regierung nicht zugestanden werden konnte.

Vollkommen verkannt wurde von der Konferenz der Sinn des ganzen Gesetzes, das die Rechte derjenigen Arbeitervertreter (Betriebsräte) regeln soll, die die Berufsinteressen der Arbeiter innerhalb der Betriebe wahrzunehmen haben. Es handelt sich also bei diesem Entwurf keineswegs um ein Gesetz, das die Rechte derjenigen Arbeitervertreter (Wirtschaftsräte) regelt, die die Arbeiter in der Produktion vertreten und die Produktion im sozialistischen Sinne umgestalten sollen. Diese Aufgabe bleibt der weiteren Gesetzgebung vorbehalten. Weil die Konferenz sich nicht dazu entschließen konnte, diese zwei Dinge auseinander zu halten und sie bei dem vorläufigen Gesetzentwurf bereits die Rechte der zweiten Gruppe der Arbeiterräte regeln zu müssen glaubte, ist die Besprechung ergebnislos verlaufen. Indessen wird der größte Teil der deutschen Arbeiterschaft verstehen, daß die ersprießliche Leitung eines Unternehmens unmöglich ist, wenn jede einzelne dieser Angelegenheiten erst in einer vielköpfigen (aus Betriebsräten und Betriebsleitungen zusammengesetzten) Versammlung besprochen werden soll, bevor sie ihre Erledigung finden kann; eine solche Methode würde der Tod jeder rationellen Wirtschaftsführung sein. — Zur Klarstellung für die Oeffentlichkeit sei außerdem noch hinzugefügt, daß der erste Gesetzentwurf über die Betriebsräte bereits durch eine zweite Fassung ersetzt worden ist, in der besonders den von der Arbeitnehmerseite vorgetragenen Wünschen in größerem Maße Rechnung getragen wurde.

Ausschußsitzungen in Weimar.

Das Siedlungsgesetz im Haushaltsausschuß.

Weimar, 11. Juli. Der Haushaltsausschuß beschäftigte sich heute mit dem Siedlungsgesetz, das bereits in zweiter Lesung das Plenum durchlaufen hat, aber an den Ausschuß zurückverwiesen worden war. Zunächst machte der preußische Landwirtschaftsminister auf die Tragweite des § 2 nach den Beschlüssen des Plenums aufmerksam, der Siedlungsland von den Domänenpächtern auch vor Ablauf ihres Pachtvertrages ohne Entschädigung an die Siedlungsgesellschaften abgetreten haben will. Vom Minister sowie auch aus dem Hause heraus wurde geltend gemacht, daß bei einer so geschaffenen Unsicherheit Pächter von Domänen überhaupt nicht mehr zu finden wären und andererseits kein Pächter von einer Siedlung vertrieben werden könnte, vielleicht zugunsten von Siedlern, die von der Landwirtschaft nichts verstehen. Nach mehrstündigen Beratungen einigte sich der Ausschuß dahin, den § 2 in der Fassung eines früheren Ausschußbeschlusses wieder herzustellen. Im weiteren Verlaufe wurde die wiederholt aufgeworfene Frage behandelt, ob die Landesgesetzgebung in weitergehender Weise das Siedlungswesen regeln könne, als das im vorliegenden Gesetz der Fall sei. Ein Vertreter des Reichsjustizamts bejahte diese Frage, da das vorliegende Gesetz die in Betracht kommende Materie nicht abschließend regeln wolle. Zur Klärung der Frage wurde ein Unterausschuß eingesetzt und die Sitzung abgebrochen.

Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Weimar, 11. Juli. In der Sitzung des Ausschusses für Volkswirtschaft der Nationalversammlung wurde die Beratung der Verordnung über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und für Schlachtvieh fortgesetzt. Reichsernährungsminister Schmidt erklärte zu Beginn der Verhandlungen, daß sein gestern mitgeteilter Vorschlag im Kabinett beraten und dort Zustimmung gefunden habe. Danach soll der Betrag, der notwendig ist, um den Brotpreis auf der alten Höhe zu halten, also 100 ℳ die Tonne, aus Reichsmitteln gedeckt werden, sofern der vorgeschlagene Grundpreis für Roggen 415 ℳ in Aachen, Köln, Frankfurt a. M., München, Stuttgart, 410 ℳ in Hamburg, Erfurt usw. nach dem Vorschlage der Regierung Gesetz wird. Der Reichszuschuß soll erst bis zum 1. Oktober gewährt werden. Wenn bis dahin in der Preisfrage eine andere Regelung eintreten sollte, wird die Regierung aufs neue an den Volkswirtschaftsausschuß zur Erörterung und Beschlußfassung herantreten. Der Minister ersucht, diesen Vorschlag anzunehmen und dem vorgelegten Verordnungsentwurf die Zustimmung zu geben. An diese Mitteilung knüpft sich eine längere Erörterung sowohl über die Preisfrage als auch über Produktionsförderungsfragen und über die Broterhöhung (Frühdruschprämie).

Anfragen in der Nationalversammlung.

K. **Weimar,** 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Von Vertretern der deutsch-nationalen Fraktion wird angefragt, welche Maßnahmen die Reichsregierung dagegen zu treffen gedenkt, um Beamte und Angestellte gegen den Zwang, den Angehörige sozialistischer Parteien, insbesondere auch Arbeiterräte in einer ganzen Reihe von Städten auf sie ausgeübt haben, zu schützen. Begründet wird diese Anfrage damit, daß ein derartiger Zwang einen geordneten Geschäftsgang für die Beamten unmöglich macht.

Weiter fragen die Deutschnationalen an, was die Regierung gegen das weitere Umsichgreifen des Glücksspiels in zahlreichen Städten Deutschlands zu tun gedenke.

Eine weitere Anfrage der Deutschnationalen ersucht um Auskunft, ob die Regierung bereit sei, eine Erleichterung in dem Zwang eintreten zu lassen, den die Verordnung vom 4. Januar 1919 auf die Unternehmer ausübt. Durch diese Verordnung wird jeder Unternehmer, der mehr als 20 Arbeiter beschäftigt, verpflichtet, alle Arbeiter, die vor dem 19. Januar 1919 eingestellt sind, weiter zu beschäftigen. Die Anfrage behauptet, daß damit eine außerordentlich schwere Belastung gewerblicher Betriebe aller Art herbeigeführt wird.

*

V. **Weimar,** 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Wegen des Vorfalls, der in der Nacht vom 9. zum 10. Juli an der Ecke der Friedrichstraße und Unter den Linden sich zugetragen hat, und bei dem französische Soldaten durch anmaßendes Betragen zu einem Zusammenstoß mit der Bevölkerung den Anlaß gaben, hat Abgeordneter Dr. Mittelmann (Deutsche Volkspartei) eine Anfrage an die Regierung in der Nationalversammlung eingebracht. Der Abgeordnete fragt an, was in diesem Fälle unter „Schutzhaft zur eigenen Sicherheit" zu verstehen sei, ferner, ob die Regierung beabsichtige, die Bestrafung für die freche Beschimpfung des deutschen Volkes durch die französischen Soldaten selbst zu übernehmen, und endlich, welche Vorsichtsmaßregeln beabsichtigt seien, um eine Wiederholung derartiger Unverschämtheiten zu verhindern.

Der Tabaksteuer-Entwurf.

Weimar, 11. Juli.

Der 12. Ausschuß der deutschen Nationalversammlung in Weimar beschäftigte sich heute mit den Bestimmungen des Tabaksteuer-Entwurfes, die sich auf die Zigarettensteuer beziehen. Die Frage des Monopols wurde dabei ausgeschaltet, weil sie nach dem gestrigen Beschluß später grundsätzlich besonders behandelt werden soll.

Ministerialdirektor Zapf erläuterte den Inhalt des Entwurfes dahin, daß die bisherige Steuerform der Banderole beibehalten, die Steuersätze aber erhöht werden sollen. Der Kriegsaufschlag aus dem Gesetz von 1916 soll in die neue Steuer hineingearbeitet werden und darüber hinaus noch eine Steuererhöhung eintreten. Zu der bisherigen Steuerstaffelung kommen noch neue Stufen für die Zigaretten im Preise von 8 Pfennig und darüber hinzu, um den heutigen Preisverhältnissen Rechnung zu tragen. Diese Steuer beträgt 33 bis 40 % des Kleinverkaufspreises, das ist 8 % mehr als bisher. Dazu kommt der Eingangszoll für den Rohtabak. Die Belastung stellt sich demnach für die Zigarette auf 0,027 ℳ für das Stück, für die Zigarre auf 0,04 ℳ. Nach Paragraph 5 der Vorlage beginnt die Staffelung der Steuer bei der 3-Pfennig-Zigarette mit 10 ℳ für tausend Stück und endigt bei dem Preis von 25 Pfennig mit 140 ℳ. Von verschiedenen Seiten wird diese Staffelung nach der Richtung bemängelt, daß die billigen Sorten — etwa bis zu 8 Pfg. — überhaupt nicht mehr hergestellt werden können. Von sozialdemokratischer Seite wird außerdem eine Ermäßigung einiger Steuersätze gewünscht. Von den Regierungsvertretern wird erwidert, daß die Steuer nicht auf die gegenwärtigen abnormen Preisverhältnisse, sondern auf die zu erhoffenden normalen Verhältnisse in Zukunft zugeschnitten seien. Mit Hilfe der überseeischen Rohtabakeinfuhr würden sich auch wieder die billigeren Sorten herstellen lassen. Die Regierungsvertreter halten an den Vorschlägen des Entwurfes fest, insbesondere warnt der sächsische Ministerialdirektor v. Sichert davor, mit der Steuer für die teureren Sorten noch höher zu gehen als die Vorlage, da dies die Wirkung haben würde, daß die Massenherstellung der billigeren Sorten gefährdet würde. Der Abg. Simon (Unabh.) befürchtet von der Vorlage eine schwere Schädigung der Zigarettenarbeiter und eine Ueberschwemmung mit ausländischen Zigaretten und erklärt, daß seine Partei die Vorlage ablehne, wie sie auch gestaltet werden möge. Abg. Schlueter (Soz.) will dem Antrag eine andere Staffelung der Steuer geben, die auch bei der 3 ₰-Zigarette mit 10 ℳ beginnt wie die Vorlage, dann aber die Sätze der Vorlage ermäßigt, dafür über 25 ₰ hinaus weiter staffelt, und zwar beim Preis bis 30 ₰ 120 ℳ, 35 ₰ 150 ℳ, 40 ₰ 200 ℳ, über 40 ₰ 250 ℳ für 1000 Stück. Gegen diesen Vorschlag wendet sich entschieden der Finanzminister Erzberger: Er müsse sich gegen jede Abminderung der Sätze erklären, sei aber dankbar für eine Erhöhung; insofern sei der Antrag Schlueter zu begrüßen, aber die Ermäßigung für die 5 bis 8 ₰-Zigarette sei unannehmbar. Mit Bezug auf geäußerte Bedenken gegen den Schleichhandel und Schmuggel mit englischen Zigaretten im besetzten Gebiet teilt der Minister mit, daß die Versailler Verhandlungen schweben, daß die Zollgrenze vom 1. August 1914 aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen wieder sichergestellt würde. Ein Antrag Hofmann (Zentr.) will die höheren Stufen folgendermaßen staffeln: Bei einem Preise von 25 ₰ 110 ℳ, 30 ₰ 140 ℳ, 40 ₰ 200 ℳ, 50 ₰ 250 ℳ, über 50 ₰ 300 ℳ. Bei der Bestimmung, daß die Tabaksteuer gegen Sicherheitsleistung bis zu sechs Monaten zu stunden ist, macht der Vorsitzende Kaempfes (dtsch. Volksp.) auf die Eingabe des Verbandes der deutschen Zigarettenindustrie aufmerksam, worin eine Stundung der Steuern auf drei Monate ohne Sicherheitsleistung gewünscht wird. Abg. Dr. Blunck (Dem.) beantragt mit Unterstützung des Abg. Kahmann (Soz.): Die Tabaksteuer kann ohne Sicherheit bis auf drei Monate gestundet werden. Der Minister Erzberger bittet dringend um Ablehnung dieses Antrages. Die Bestimmung, daß die Tabakerzeugnisse nicht teurer verkauft werden würden als zu den auf den Steuerzeichen angegebenen Kleinverkaufspreisen, veranlaßt den mehrfachen Hinweis darauf, daß das für den Zigarettenverkauf in teureren Restaurants und dergl. [illegible]haltbar sei. Die von der Zigarettenindustrie gewünschte Erhöhung des Einfuhrzolls für Zigaretten von 4500 ℳ findet im allgemeinen Zustimmung, wenn auch nicht bis zu der gewünschten Höhe von 10 000 ℳ. Der Abg. Stock (Soz.) beantragt die Erhöhung auf 7500 ℳ. An der Aussprache erwähnen Ministerialdirektor Zapp und andere, daß die Steuerstaffelung nach dem Antrag Schlueter einen Einnahmeausfall von mehr als 32 Millionen ergeben würde. Die Abstimmung über sämtliche Abänderungsanträge wird bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt, die am Dienstag vormittag stattfinden wird.

Reich und Bundesstaaten.

Vorläufiges Verbleiben der sächsischen Regierung.

Dresden, 11. Juli. Die Verhandlungen der sozialdemokratischen Volkskammerfraktion mit der Unabhängigen Fraktion wegen der Neubildung der sächsischen Regierung sind ergebnislos verlaufen. Die Unabhängigen stellten für ihre Beteiligung an der Regierung drei Bedingungen: Parität bei der Besetzung der Ministerposten, Einführung des Rätesystems und Bildung eines Arbeiterrates, also eines gewissen Nebenparlamentes. Die sozialdemokratische Fraktion glaubte auf diese Bedingungen nicht eingehen zu können. Da gegenwärtig auch die demokratische Fraktion keinen besonderen Wert mehr auf den Eintritt einiger ihrer Mitglieder in die Regierung legt, wird die jetzige mehrheitssozialistische Regierung vorläufig am Ruder bleiben. Im Laufe des August sollen jedoch die Besprechungen der Parteien behufs Umbildung der Regierung von neuem aufgenommen werden.

Ablösung bestimmter Reichsverpflichtungen.

Das Kabinett hat sich, wie die „P. P. N." erfahren, in einer seiner letzten Sitzungen mit einer Verordnung, betreffend Ablösung der dem Reich durch die Inanspruchnahme von Grundstücken und Gebäuden sowie Leistungen Dritter erwachsenden Verpflichtungen befaßt. Es handelt sich um eine Regelung, die das Reichsschatzministerium hinsichtlich der im Kriege getätigten Verträge in bezug auf Grundstücke vornehmen muß. Während des Krieges sind von den Heeres- und Marineverwaltungen Grundstücke ermietet und erpachtet worden, die nach eingetretener Demobilmachung entbehrlich geworden sind. Die Mietsobjekte werden vom Mieter nicht mehr benutzt. Sie sind außerdem unter dem Zwang der Kriegsverhältnisse durch ihre hohen Preise eine starke Belastung des Reichs. Die neue Verordnung soll nun dem Reiche die Möglichkeit geben, diese Verträge ähnlich zur Aufhebung zu bringen, wie das hinsichtlich der Kriegsaufträge geschehen ist. Durch die veränderten Verhältnisse sind auch viele der schon vor dem Kriege mit Gemeinden oder Privaten geschlossenen Verträge über Kasernen oder dergleichen hinfällig geworden und die Gemeinden haben selbst ein Interesse an der Aufhebung dieser Verträge, da die in Frage kommenden Baulichkeiten dazu benutzt werden können, die Wohnungsnot zu vermindern.

Hochverratsprozeß Mühsam.

M. **München,** 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Hochverratsprozeß Erich Mühsam, Dr. Wadler und Genossen konnte heute abend nicht, wie erwartet wurde, durch Urteilsspruch zu Ende geführt werden. Das Urteil ist erst für morgen mittag zu erwarten. Der ganze Tag war von den Plaidoyers des Staatsanwalts und der Verteidiger in Anspruch genommen. Der Antrag des Staatsanwalts auf zehn Jahre Zuchthaus für die Hauptangeklagten Mühsam und Wadler stand im Mittelpunkt eines heftigen forensischen Kampfes. Nach dem ganzen Verlauf der Verhandlung ist nicht anzunehmen, daß dieser Antrag Aussicht hat, beim Standgericht durchzudringen.

Das Strafverfahren gegen Dr. Geyer.

S. K. **Leipzig,** 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten" melden, hat die Staatsanwaltschaft des Leipziger Standgerichts gegen den Nationalversammlungs-Abgeordneten Dr. Geyer als verantwortlichen Schriftleiter der „Leipziger Volkszeitung" das Verfahren wegen Beleidigung der deutschen Offiziere eingeleitet und bei der Nationalversammlung die Ermächtigung zur Strafverfolgung nachgesucht. Die Grundlage der Anfrage bildet ein in der „Leipziger Volkszeitung" erschienener Artikel über die Erschießung der Münchener Geiseln mit der Schlußbemerkung: „Es geht doch nichts über die Feigheit der deutschen Offiziere, außer ihrer Verlogenheit. Diese scheint noch etwas größer zu sein." Wegen dieser Beleidigung hat das sächsische Kriegsministerium bei der Staatsanwaltschaft Antrag auf Erhebung der Anklage gestellt.

Zwischenfall bei der Räumung eines Lazaretts.

—l. **Frankfurt a. M.,** 11. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) In Gießen sind dieser Tage Vertrauensleute der Lazarettinsassen, die sich der Räumung eines dortigen Lazaretts widersetzten, festgenommen worden. Da ihre Freilassung bis heute nicht erfolgt war, fanden nachmittags im Bereiche des 18. Armeekorps Protestversammlungen der Lazarettinsassen statt, so auch in Frankfurt. Nach der Versammlung begaben sich die Teilnehmer, um die Freilassung der verhafteten Vertrauensleute durchzusetzen, zum Abschnittskommandeur, der zurzeit beurlaubt ist, aber für die Freilassung auch sonst nicht zuständig ist. Vom Abschnittskommando aus wollte man sich telephonisch mit dem Generalkommando in Bad Nauheim verständigen. Indessen nahmen aber die Demonstranten zwei Offiziere des Abschnittskommandos, Major von Roques und den Rittmeister von Bardeleben fest und brachten sie in einem Kraftwagen fort. Sie erklärten, sie wollten die Offiziere nicht eher freigeben, als bis die festgenommenen Gießener Vertrauensleute vom Generalkommando freigegeben sind. Nach mehreren Stunden sah sich das Generalkommando genötigt, nachzugeben. Darauf wurden die Offiziere ebenfalls in Freiheit gesetzt.

Die Lage im Verkehrsstreik.

Die Streiklage ist gänzlich unverändert, der gestrige Tag brachte keinerlei Verhandlungsversuche. Von Tag zu Tag scheint die Einheitsfront der Streikenden mehr und mehr ins Wanken zu kommen. Von verschiedensten Seiten sind für heute neue unverbindliche, teils geheime Besprechungen geplant, um direkte Verhandlungen anzuknüpfen. Der Transportarbeiterverband bemüht sich, für heute Verbindung mit dem Arbeitgeberverband aufzunehmen. Von der Meldung eines Abendblattes, daß sich die Arbeitgeber bereit erklärt hätten, heute direkte Verhandlungen aufzunehmen, ist der Straßenbahndirektion bisher nichts bekannt.

Verhandlungen im Omnibusstreik.

In den Reihen der Omnibusangestellten ist man geneigt, den Schlichtungsausschuß zur Entscheidung der Streitfragen anzurufen. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß der Zusammentritt des Schlichtungsausschusses schon heute erfolgen kann. Ob die Verhandlungen zur Beendigung des Ausstandes führen, ist ungewiß.

Das Bureau- und Meisterpersonal der Hochbahn erklärte in einer stark besuchten Versammlung, die bisher geübte Solidarität weiter aufrecht zu erhalten.

Ablehnung des Tarifvertrages durch die Bankangestellten.

Die im Katholischen Vereinshause am gestrigen Freitagabend tagende Versammlung der Angestellten der Commerz- und Discontobank beschloß einstimmig, den Tarifvertrag abzulehnen und in kürzester Zeit der Direktion neue Forderungen vorzulegen. Diese dürften sich auf eine Wirtschaftsbeihilfe beziehen. Auf Grund der vorliegenden Mitteilungen haben nunmehr die Angestellten der Dresdner Bank, der Discontogesellschaft, der Commerz- und Discontobank, der Darmstädter Bank und der Mitteldeutschen Creditbank den Tarifvertrag für das deutsche Bankgewerbe abgelehnt. Auch die Hauptvereine haben sich für die Ablehnung des Vertrages ausgesprochen, ebenso die Vereinigung der oberen Bankbeamten.

Aus Groß Berlin.

Die Unruhen in Beelitz.

Im Hinblick auf die Notiz über die militärische Besetzung der Heilstätten Beelitz veröffentlicht der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Berlin folgende Erklärung:

Die gegen Herrn Dr. von Golz von Pfleglingen und Angestellten der Heilstätten erhobenen Beschuldigungen haben sich in eingehenden, unter Vorsitz des Präsidenten des Reichsversicherungsamts stattgehabten Verhandlungen als völlig grundlos erwiesen. Im übrigen hat der Vorstand die Militärbehörde um Zurückziehung der Truppen ersucht, nachdem in einer gestern beim Vorstande stattgehabten Besprechung, an welcher auch Vertreter des Vollzugsrats teilnahmen, von den Vertretern der Angestellten und Pfleglingen die bestimmte Zusicherung gegeben worden ist, daß sie die Gewähr dafür übernehmen, daß künftighin die Ruhe und Ordnung in den Heilstätten nicht mehr gestört werden wird.

Der Fall Simons. Zu dem Versuch des inzwischen zum Zwecke der gerichtlichen Aufklärung und Ahndung des Vorfalles festgenommenen Leutnants von Simons, in das Untersuchungsgefängnis einzudringen, um nach seiner eigenen Angabe den Gefangenen Radek „unschädlich" zu machen, wird von zuständiger Seite festgestellt, daß es sich bei dem Leutnant von Simons um einen vierundzwanzigjährigen, mit schwerem Nervenschock aus dem Krieg zurückgekommenen Offizier handelt, der wegen sichtlicher Zeichen von nervöser Ueberreizung von der Formation, der er angehörte, der Kraftwagenstaffel K, bereits vor mehreren Wochen auf längere Zeit zwecks Wiederherstellung seines Gesundheitszustandes beurlaubt worden war. Der Versuch des Simons ist an der Aufmerksamkeit der Bewachung des Untersuchungsgefängnisses gescheitert. Es ist im übrigen festgestellt, daß die Kraftwagenstaffel K, die von der „Freiheit" wieder einmal — diesmal im Zusammenhange mit dem Falle Radek — als Mörderzentrale gekennzeichnet wird, durch ihre Offiziere und Mannschaften während mehrerer Monate den gefangenen Radek bewacht hat. Radek hat während dieser ganzen Zeit keinen Anlaß genommen, über die ihm durch die Kraftwagenstaffel K widerfahrene Bewachung sich zu beklagen.

Der Feldwebel Tamschik, den die „Freiheit" erneut als Mörderspezialisten zu kennzeichnen versucht, ist, wie durch das Gerichtsverfahren festgestellt worden ist, für den Tod des Jogisches nicht verantwortlich zu machen. In dem Falle Dorenbach hat er pflichtgemäß gehandelt.

Letzte Meldungen.

Ende des Generalstreiks in Neapel.

R. **Basel,** 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Wirtschaftskammer von Neapel hat die Beendigung des Generalstreiks beschlossen. In Prato regiert seit 6 Tagen das Proletariat unter Fortsetzung des Generalstreiks. Die ganze Gemeindeverwaltung ist zurückgetreten. In der Stadt sind Truppenverstärkungen eingetroffen.

P. **Wien,** 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Wie aus Kreisen der ungarischen Gesandtschaft verlautet, wird der nach Budapest zur Berichterstattung berufene ungarische Gesandte Czobel von seiner Reise nicht zurückkehren. Sein Nachfolger ist der mit der Untersuchung beauftragte Volkskommissar Dr. Agoston.

R. **Basel,** 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In der französischen Kammer ist eine Gesetzesvorlage eingebracht worden, welche die Anwendung der Todesstrafe gegenüber Wucherern und Spekulanten vorsieht.

V. **Kopenhagen,** 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Berlingske Tidende" erfährt, daß Hansen Nörremölle, der Minister für Nordschleswig, auf Anfrage der Nordschleswigschen Wählervereinigung sich bereit erklärte, dem internationalen Komitee gegenüber alles, was in seinen Kräften steht, zu tun, um die Räumung der sogenannten dritten Zone während der Abstimmung in den beiden anderen Zonen durchzusetzen.

Haag, 11. Juli. Heute gebt eine Erklärung der niederländischen Regierung an die assoziierten Mächte ab, in der sie sich damit einverstanden erklärt, daß die holländischen Abmachungen mit den assoziierten Mächten bei der Aufhebung der Blockade automatisch außer Kraft treten.

—l. **Frankfurt,** 11. Juli. Metallbank und metallurgische Gesellschaft A. G. in Frankfurt am Main. Der Aufsichtsrat beschloß, der Generalversammlung eine Dividende von 7 % (i. V. 8 %) zur Verteilung vorzuschlagen.

N. **Wien,** 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die deutsch-österreichische Regierung untersagt den Versicherungsanstalten die Ausschüttung von Dividenden an die Aktionäre und die Versicherungsnehmer. Ein Teil der Gesellschaften hat bereits die Dividenden verteilt. Der Grund der Maßnahme ist der große Kriegsanleihebesitz der Gesellschaften, die sie bisher zu 75 Prozent in die Bilanz eingestellt haben. Der Wert der Kriegsanleihe ist vom Friedensvertrag abhängig.

Die Poldihütte, eines der größten Montanunternehmungen, verlegt den Sitz von Wien nach Prag. Für die Stadt Wien ist das ein großer Verlust, hauptsächlich auch an Steuern, was umso bedauerlicher ist, als die Gemeinde Wien eben zur teilweisen Deckung von 401 Millionen Kronen viereinhalbprozentige zweijährige Schatzscheine zu 99 Prozent bei einem Wiener Bankkonsortium aufnimmt. Die Gesetzentwürfe über die Valutakredite für die Lebensmittel durch die Beschlagnahme ausländischer Wertpapiere, des Holzes und des Forstbesitzes, sind von der Nationalversammlung erledigt und bereits in Kraft getreten.

Haag, 11. Juli. (Korrespondenzbureau.) In der heute abgehaltenen Versammlung der Aktionäre des Niederländischen Ueberseetrusts wurde beschlossen, den ausführenden Ausschuß zur Liquidation der Gesellschaft zu ermächtigen, sobald sie den richtigen Augenblick dafür gekommen hält. Das im Dezember 1918 zwischen dem Niederländischen Ueberseetrust und den alliierten Regierungen abgeschlossene Abkommen tritt in dem Augenblick außer Kraft, wo das allgemeine Wirtschaftsabkommen zwischen der niederländischen Regierung und den alliierten Regierungen zu bestehen aufhört.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Zinsen- und Dividendenzahlungen inländischer Wertpapiere.

Zu dem Antrag Auer an die Nationalversammlung, den wir in Nr. 326 veröffentlichten und worin es sich darum handelt, dass künftig Coupons, Dividendenscheine, sonstige Urkunden für die Zinszahlung von Titeln inländischer Anleihen, Schuldverschreibungen und Aktien nur von den Schuldnern und deren Beauftragten eingelöst werden dürfen, wird uns von unserem H. G.-Mitarbeiter aus Weimar drahtlich berichtet:

„Der Antrag Auer wird in dieser Form kaum vom Plenum angenommen werden können. Mit Recht wird von den verschiedenen Seiten darauf aufmerksam gemacht, dass eine ganze Anzahl von banktechnischen Schwierigkeiten sich der strikten Durchführung des Gesetzes widersetzen würde. Man verweist u. a. auf die Schwierigkeiten der Behandlung der im Inlande bei Behörden liegenden Kautionseffekten, ferner der Papiere, die im Auslande als Kreditunterlage dienen, und glaubt, dass auch sonst die Dividendenscheine, der Talon und der Effektenmantel nur schwer überall zusammen vorgelegt werden können. Ausserdem würde auch keine absolute Gewähr für einen Erfolg des Gesetzes gegeben sein, denn es ist nicht anzunehmen, dass, um die wenigen 10 % Dividende oder Rente nicht zu verlieren, die Leute ihre Effekten aus dem Auslande wieder nach Deutschland bringen werden, die sie dorthin aus Steuerscheu verschoben haben. Unter den Abgeordneten der verschiedenen Fraktionen äusserte sich mir gegenüber nicht nur der frühere Finanzminister Schiffer sehr skeptisch über den Entwurf, sondern auch Geheimrat Riesser von der Deutschen Volkspartei, der erklärte, dagegen stimmen zu wollen. Vor allem aber, und das ist das Wesentliche, sind auch die wirklich sachverständigen Kreise in der Mehrheitssozialistischen Partei der Ansicht, dass der Entwurf wesentlich modifiziert werden muss, um einen Erfolg zu verbürgen. Der Abgeordnete Davidsohn, der sich in seiner Partei am meisten mit der Frage der Kapitalabwanderung und ihrer Verhütung beschäftigt hat, erklärte mir, er werde sich dafür einsetzen, dass in den Kommissionssitzungen der Entwurf in einer Reihe von Positionen abgeändert werde. Von den anderen Parteien werden verschiedene Abänderungsvorschläge kommen. So ist es u. a. möglich, dass man vorschlagen wird, von den Coupon- und Dividendenauszahlungen bei der Zahlung durch die Gesellschaftskasse oder durch die Bank bereits einen bestimmten Prozentsatz in Abzug zu bringen und dem Wertpapierbesitzer eine Quittung hierüber auszuhändigen, die er bei der allgemeinen Steuerzahlung mit verrechnen kann. Es werden überhaupt später noch eine ganze Reihe von ergänzenden Bestimmungen hinzukommen müssen, um das Gesetz wirksam zu machen. So werden zweifellos die heimischen Börsen die Bestimmungen treffen, dass die Stücke, die bei der Couponbezahlung in Deutschland abgestempelt worden sind, weiterlieferfähig im Börsenverkehr sind. Dadurch würde man gewiss den Besitzern der im Ausland liegenden Effekten den Weiterverkauf oder die Lombardierung sehr erschweren."

Die Reichsvermögensabgabe.

Drahtmeldung unseres H. G.-Sonderberichterstatters.

Weimar, 11. Juli.

Wie verlautet, steht die Veröffentlichung des Entwurfs der grossen Reichsvermögensabgabe unmittelbar bevor. Die Steuer wird den Namen „Reichsnotopfer" führen. **Die Abgabesätze werden sich zwischen 10 und 65 % bewegen, wobei durch das System der Durchstaffelung entsprechende Ermässigungen eintreten werden.** Zugunsten kinderreicher Familien sind besondere Bestimmungen vorgesehen. Die Abgabezahlung wird auf einen grossen Zeitraum, wie verlautet bis zu 30 Jahren, verteilt werden.

Deutsche Volkswirtschaft.

Statistik der Bergarbeiterlöhne. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Nachweisung der in den Hauptbergamtsbezirken Preussens im 1. Vierteljahr 1919 verdienten Bergarbeiterlöhne, getrennt nach Steinkohlen-, Braunkohlen-, Salz- und Erzbergbau. Wir stellen aus dem reichlichen Ziffernmaterial, das u. a. auch eine Uebersicht der Durchschnittslöhne der einzelnen Arbeiterklassen enthält, folgende Ziffern über die Steinkohlenreviere Oberschlesien und Dortmund (mit Hannau) zusammen:

Oberschlesien:

	1919 1. Quartal	1918 4. Quartal	1918 Jahresmittel
Arbeiterzahl	141 092	119 748	118 508
Schichten auf 1 Arbeiter	70	76	—
reine Löhne (in 1000 ℳ)	12 644	22 221	—
do. auf 1 Schicht (in ℳ)	13,25	10,44	7,80
do. auf 1 Arbeiter (in ℳ)	855	798	—

Dortmunder Bezirk:

	1919 1. Quartal	1918 4. Quartal	1918 Jahresmittel
Arbeiterzahl	360 975	347 999	350 888
Schichten auf 1 Arbeiter	78	78	—
reine Löhne (in 1000 ℳ)	281 009	284 160	—
do. auf 1 Schicht (in ℳ)	14,61	11,58	10,26
do. auf 1 Arbeiter (in ℳ)	1096	906	—

Die Ziffern ermöglichen einen Ueberblick, wie weit durch die Demobilisierung die Zahl der Arbeiter wieder aufgefüllt worden ist, wie aber auch gleichzeitig die Leistung zurückgegangen, die Löhnung dagegen erheblich gestiegen ist.

Das umworbene Danzig. Der Grundstücksmarkt steht, nach einer uns aus Danzig zugehenden Privatmeldung, in höchster Blüte. Die Polen und die Schweden kaufen die grössten Komplexe. Nachdem erst vor einigen Tagen der schwedische Fabrikbesitzer Jordahl in Berlin das am Danziger Hauptbahnhof gelegene Hotel „Norddeutscher Hof" gekauft hat, hat er jetzt auf dem Langen Markt die grösste Möbelfabrik Danzigs käuflich erworben. Ein polnisches Konsortium kaufte das am Hauptbahnhof gelegene Hotel „Continental" für 1 800 000 ℳ.

Sparkassenbewegung in Gross Berlin. Im Mai d. J. betrugen nach der „Sparkasse" in Gross-Berlin die Einzahlungen 134,43 (i. V. 79,24) Mill. Mark, dagegen die Rückzahlungen 115,08 (42,31) Mill. Mark, sodass sich ein Ueberschuss der Einzahlungen von 19,35 (36,93) Mill. Mark ergab.

Noch keine Entscheidung über die Verlängerung des Stahlwerksverbandes. Der Stahlwerksverband und die übrigen Eisenkartelle beschlossen, nach einem uns zugehenden Privattelegramm, die jetzigen Notierungen bis Ende August fortbestehen zu lassen. Die Entscheidung über die Zukunft des Stahlwerksverbandes ist noch nicht erfolgt. Voraussichtlich wird man sich mit einem weiteren Provisorium behelfen.

Zehn Millionen Anleihe der Bayrischen Handelsbank. Das Bayrische Staatsministerium des Innern hat der Bayrischen Handelsbank, München, die Genehmigung zur Aufnahme einer 4½ prozentigen, innerhalb 60 Jahren rückzahlbaren Anleihe von 10 000 000 ℳ erteilt.

Ausländische Volkswirtschaft.

Sozialisierungsversuche in Deutsch-Oesterreich. Die Nähe und die Gefahren, die Deutsch-Oesterreich von dem bolschewistischen Russland und Ungarn drohen, machen sich nunmehr durch direkte Massnahmen der Regierung Deutsch-Oesterreichs zur Durchführung der Sozialisierung bemerkbar. Wie uns unser Wiener Korrespondent drahtet, hat die deutsch-österreichische Regierung die Aktienmehrheit des Kreditinstitutes für Verkehrsunternehmungen und öffentliche Arbeiten erworben, um so die Grundlage einer Sozialisierungsbank und eines Institutes zur finanziellen Unterstützung der Vermögensabgabe zu schaffen. An die Spitze dieses Unternehmens, dessen Aktienkapital 2 Millionen Kronen beträgt, ist von der Regierung Sektionschef Grimm gestellt worden, etwas, was bei der Mehrheit des Verwaltungsrates ernannt. Die Bank soll vor allem durch Lombardierung von Wertpapieren aller Art die Durchführung der Vermögensabgabe erleichtern. Weiterhin ist es ihre Aufgabe, die bei der Sozialisierung auszugebenden Schuldverschreibungen zu placieren, und Mittel für die durch die Sozialisierung bedingten Forderungen der Industrie- und Elektrizitätsgesellschaften aufzubringen. Wir hätten es somit auf finanzpolitischem Gebiet mit dem ersten Versuch zu tun, das Projekt der gemischtwirtschaftlichen Betriebe in die Tat umzusetzen.

Gründung einer Baltischen Bank in Kopenhagen. In den nächsten Tagen wird in Kopenhagen, wie uns drahtlich gemeldet wird, die Gründung einer neuen Bank mit 2 Millionen Kronen Grundkapital unter dem Namen „Baltische Bank" erfolgen. 1 900 000 Kronen sind von den Gründern eingezahlt, die restlichen 600 000 Kronen werden öffentlich zur Zeichnung ausgeboten.

Aktiengesellschaften.

Die Trocken- und Futterwerk Akt.-Ges. in Taucha berufen eine ausserordentliche Generalversammlung zwecks Beschlussfassung über die Erhöhung des Aktienkapitals um 400 000 ℳ auf 700 000 ℳ sowie über den Erwerb eines Trockenwerkes.

Der Vorstand der Ilse Bergbau Akt.-Ges. zu Grube Ilse N.-L. beruft eine ausserordentliche Generalversammlung ein zwecks Ermächtigung zur Ausgabe von 10 Millionen 4½ % neuer Obligationen.

Bankausweis.

Bank von England. Ausweis vom 10. Juli.

Gesamtreserve	27 525 000	+	455 000 Lstr.
Notenumlauf	79 595 000	+	853 000 „
Barreserve	58 610 000	+	102 000 „
Wechselbestand	83 886 000	—	164 000 „
Guthaben der Privaten	205 216 000	+	28 291 000 „
do. des Staates	24 785 000	+	287 000 „
Notenreserve	25 870 000	+	424 000 „
Regierungssicherheiten	140 946 000	+	48 244 000 „

Prozentverhältnis der Reserven zu den Passiven 12,60 gegen 14,30 in der Vorwoche.

Clearinghouse-Umsatz 672 Millionen, gegen die entsprechende Woche des Vorjahres mehr 326 Millionen.

Börse.

New-York, 10. Juli (Durch Kabel). Die Stimmung der Börse war bei Eröffnung angeregt. Die Kauflust, die in erster Linie von der berufsmässigen Spekulation ausging, richtete sich wie schon gestern auf die Anteile der Canada Pacific Railway Co., die sprunghafte Steigerungen aufzuweisen hatten. Daneben herrschte Nachfrage für industrielle Spezialwerte und Schiffahrtsaktien. Im weiteren Verlauf wurde die Tendenz schwächer, es fanden auf allen Marktgebieten umfangreiche Realisationen statt, so dass die Kursgewinne zum grössten Teile wieder verloren gingen und Verluste bis zu 5 Doll. zu verzeichnen waren. Am sehr widerstandsfähig erwiesen sich die Aktien der Canadabahn, die mit einem Gewinn von 5½ Doll. aus dem Verkehr hervorgingen und mit 175,50 (gestern 170) notierten.

New York, 10. Juni. (Durch Kabel).

	K. v. 10. 7.	K. v. 9. 7.
Wechsel auf London 60 Tage Sicht	—	—
do. do. (Cable Transf.)	4,8050	4,49
do. auf Paris (Sicht)	6,78	6,86

Am 30. Juli 1919, vormittags von 9 Uhr ab, versteigere ich öffentl. z. b. bei Stern Hans Schmidt, dortselbst innerhalb der Pfandbuchhäuser, von 1 bis 100 000 — verfallenen Pfänder, bestehend in Anzügen, Gold- und Silbersachen, Uhren, Ringe, Ohrringe, Schmuck etc. öffentlich meistbietend.

Ueberschüsse können innerhalb 14 Tagen nach beendeter Auktion von abgemeldeten Pfandgeber abgeholt werden; später werden dieselben bei der Armendirektion hinterlegt.

Gustav Rhode beeid. u. öffentl. angestellt. Auktionator, Berlin, Neue Schönhauserstr. 15.

Theater für Sonnabend, den 12. Juli 1919.

Residenz-Theater.
2 Uhr: **Das höhere Leben.**
Von Hermann Sudermann.

Trianon-Theater.
8 Uhr: **Der gute Ruf.**
Von Hermann Sudermann.

Volksbühne Theater am Bülowplatz.
7½ Uhr: **Der heilige Florian.**

Winter-Garten.
Täglich 7½ Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet.

Kurfürst
12 Kurfürstendamm 12
Wein-Haus I. R. Sommer-Terrasse!
Als Unterhaltung:
Heitere Kunst!
Das grosse Programm:
Margn Rosen
Fritz Loewe-Lessen
Anni Dotzn
E. Schlüter-Grunitz
Emil Hübner.

MARMOR HAUS
Kurfürstendamm 236
Direktion:
Siegbert Goldschmidt
Der kolossale Erfolg!
IKARUS
Der Roman einer Geheimagentin
in 6 Akten
mit
Esther Carena
Ernst Hofmann
Regie:
Carl Froelich.
Krause als Detektiv
Film-Lustspiel
in 2 Akten.
Hauptdarsteller:
Carl Neisser
Rich. Senius
4. 6.15. 8.30

Der bedeutsamste Beitrag zur Rechtfertigung Deutschlands vor der Welt:
Dr. Th. v. Bethmann Hollweg
„Betrachtungen zum Weltkrieg"
2 Teile.
Teil 1 liegt vor. — Teil 2 erscheint in 6 Wochen.
Preis für jeden Teil in Pappe 9 ℳ, in Halbperg. 14 ℳ.
Bestellungen erbitten
Schmidt & Co., Berlin SW. 61.

Admirals-Palast.
7½ Uhr, Sta. 2 u. 7 Uhr:
Die neuen Ballette:
„Im Gespenster-Schloss"
„Wiener Walzer".
Anserdem
Tanz-Revue.

Reichshallen Theater
Gastspiel der Dresdener
Victoria-Sänger.
Anfang 7½ Uhr.
Ab 1. 8. wieder
Stettiner Sänger.
Reichshallen-Garten u. Saal.

„Dönhoff-Brettl."
Gastspielfreie Spezialitäten und Cabarettnummern!
Haimerd. Solisten. Orchester
Anfang 7½, Sonntags 5 Uhr.

Calcium-Carbid.
Bedeutendes electro-chemisches Unternehmen der Saar-Region offeriert im Teilen oder Fabrikation an Prima Calcium-Carbid. Lieferbar: 60 Tonnen pro Tag. Lieferungen können ohne Kompensationen von Brennstoff erfolgen. Vorteilhafte Preise. Vertreter und Wiederverkäufer gesucht. Offerten unter R. 15 890 L. Publicitas S. A. Zürich.

Preuss.-Südd. Klassenlotterie
Original-Preis: Ziehung: 15. u. 16. Juli
1 Achtel 5.25 M.
1 Viertel 10.50 M.
1 Halbes 21.— M.
1 Ganzes 42.— M.
Heufelder 2695
Preuss. Lotterie-Einnehmer
Berlin W., Französischestr. 35.
Fernruf: Amt Centrum 68.

Preussische Klassenlotterie.
Ziehung erster Klasse 15. und 16. Juli.
1/8 1/4 1/2 1/1 Lose
42.— 21.— 10.50 5.25 Mark
ausserdem Porto und Bestellgeld.
Lose auch während der Ziehung.
Gesamtgewinne 1.—5. Klasse:
72 Millionen 426000 Mark!
(Jedes zweite Los gewinnt.)
Kleinecke, Preussischer Lotterie-Einnehmer,
Berlin W. 9., Potsdamerstr. 21. Hof part., nahe der Brücke.

Preußische Klassenlotterie
Ziehung der 1. Kl.: 14. u. 15. Juli
468 000 Lose mit 214 000 Gewinnen und 2 Prämien, verteilt in 5 Klassen, im Gesamtbetr. von
72 Millionen 426 000 Mark
Lose zur 1. Klasse:
1/8 1/4 1/2 1/1 und
5.25 10.50 21.— 42.— M. Postgeb.
Kröger Preuss. Lotterie-Einnehmer Berlin
Friedrichstraße 192/193 a. d. Leipziger Straße
Postscheckkonto: Berlin 21041

Liesegang & Kosch
Magdeburg
Hamburg
Wien
Technische und elektrotechnische
Bedarfsartikel
für Fabriken, Berg- u. Hüttenwerke, Eisenbahnen usw.

LAST- und PERSONEN- KRAFTWAGEN ALLER ART
NSU
NECKARSULMER FAHRZEUGWERKE A.G
NECKARSULM

Emil Steinruck
Heidelberg
Verlangen Sie Spiralbohrer-Katalog und Lagerlisten

CARLSWERK
TECHNISCHE
GUMMIWAREN
JEDER ART
FELTEN & GUILLEAUME
CARLSWERK
ACT.-GES.
CÖLN-MÜLHEIM
F.I.G. NEPTUN

Ankauf von guten Antiquitäten
ALTKUNST
G. m. b. H.
Wilhelmstr. 40a.

Ankauf von Juwelen
zum heutigen hohen Kurs
Margraf & Co.
G. m. b. H.
Kanonierstr. 9.

Briefmarken, Münzen kauft
Grossmann, Spandauer Brücke 19. Nord 10621.

Brillanten Perlen Juwelen kauft zu hohen Preisen
Ballschensky, Friedrichstr. 155, Ecke Unter d. Linden, gegenüber d. Viktoria-Café. Zentr. 1080.

Brillanten
Juwelen, Perlen, Smaragde und Perlenschnüre
kauft zu hohen Preisen
M. Spitz, Friedrichstrasse 91/92
zwischen Mittel- und Dorotheenstrasse.

Schiffahrts-Aktien
Kolonialwerte
Städte- und Staatsanleihen
Ausländische Kupons.
E. Cälmann, Hamburg.

Import — Export.
Spedition — Lagerung.
Weine — Südlandsprodukte.
S. A. Luganese di Trasporti.
Lugano (Schweiz).

Detektiv Hauschild
Beobacht., Ermitt., Berlin, Friedrichstr. 148, Zentr. 9831

Herrschaftl. Diener,
39 Jahre alt, Größe 1,70, Deutsch und Englisch sprechend, vor dem Kriege im Diplomatenhause im Auslande tätig, sucht Stellung, möglichst wieder im Diplomatenhause. Offerten erb. Heinrich Zajons, Gelting, Geltinghof (Schleswig).

Hohen Verdienst im Nebenberufe
durch Vermittlung von Lebensversicherungen. Gefl. Zuschriften und nähere Auskunft unter G. L. 289 an die Exp. d. Bl.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Max Müller Kaufmann, Berlin. Für den Anzeigenteil und „Geschäftliche Mitteilungen" verantwortlich: Herm. Joachim Eisenmayer, Berlin. Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 68, Wilhelmstr. 32.

Nr. 329. 12. Juli 1919.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Beiblatt. Morgen-Ausgabe.

Minister Oeser über die Wirtschaftslage.

Preußische Landesversammlung.

44. Sitzung. Freitag, den 11. Juli, 1 Uhr.

Am Ministertisch: Hirsch, Oeser, Dr. Südekum, Heine.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Eisenbahnanleihegesetzes.

Eisenbahnminister Oeser:

Die Mehrforderungen der Verwaltung sind eine unvermeidliche Folge der wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Arbeiten konnten zu den vorgesehenen Preisen wegen der Steigerung der Löhne und der Preise für alle Rohstoffe nicht durchgeführt werden. Die Vorlage enthält noch nicht einmal alle Werkstoffen, weitere Forderungen werden später kommen. (Hört, hört!) Wir werden, das versteht sich ganz von selbst, in der Zukunft sehr sparsam wirtschaften müssen. So, wie bisher, können wir nicht weiterfahren. Wir müssen uns bestreben, daß dasjenige übertragen, es ein Bau nicht vorwärts werden kann. Aber wirklich werbende Anlagen werden wir auch in Zukunft ausführen können, nur nicht so großartig wie bisher, sondern einfach und billig, aber praktisch. Das sind harte, brutale Tatsachen, mit denen wir uns abzufinden haben. Die Senkung der Lebensmittelpreise ist zum Teil schon durchgeführt. Sie ist so stark, daß sie für eine mittlere Familie einen um 50 Pf. erhöhten Stundenlohn gleichkommt. (Hört, hört!) Leider haben die andauernden Unruhen und Streiks der Eisenbahnangestellten die Durchführung dieser Maßnahmen sehr erschwert, ja teilweise ganz unmöglich gemacht. (Hört, hört!) Die Arbeiterschaft selbst hat darunter am meisten zu leiden. Die Senkung der Lebensmittelpreise hat zu einem Sinken der Schleichhandelspreise geführt, ein Prozeß, der noch nicht abgeschlossen ist. Das war auch ein beabsichtigter Erfolg, der unterstützt wurde durch die bevorstehende Aufhebung der Kluftwirdigkeiten und völkerrechtswidrigen Blockade. Bedauerlich ist, daß in der Oeffentlichkeit diese wohlüberlegte Maßnahme als eine Begünstigung des Schleichhandels hingestellt worden ist. Das aber ist absolut unrichtig. Wenn ein großer Teil des Volkes in verstärktem Maße mit billigen Lebensmitteln versorgt wird, so muß das ganz naturgemäß zu einem Sinken der Schleichhandelspreise führen, weil die Nachfrage nach solchen Lebensmitteln zurückgeht. Durch solche schiefen Darstellungen wird nur neue Unzufriedenheit ausgelöst. Auch die Oeffentlichkeit muß sich endlich darüber klar sein, daß sie eine Verantwortung zu tragen hat. (Sehr richtig!) Man darf nicht Oel ins Feuer gießen, indem man unverständige Behauptungen in die Welt setzt. (Sehr richtig!) Zur Aufbebung der Hoheitsrechte kommt die Möglichkeit, daß die noch sehr großen Bestände der Heeres- und Marineverwaltung jetzt freigegeben werden können. Es kommen da allein 41 Millionen Meter Kleiderstoffe in Frage. (Hört, hört!) Auch andere Rohstoffe für die Textilindustrie können freigegeben werden. Das wird ein Sinken der Preise für Kleider und Schuhe zur Folge haben, zumal die Regierung sich für diesen Zweck weitere 500 Millionen bereitgestellt hat. Wir werden dafür sorgen, daß bei der Verteilung der Kleider und Schuhe in erster Linie die Kinderreichen Familien der Beamten und Arbeiter berücksichtigt werden. (Beifall.) Jedenfalls können wir für die nächste Zeit mit einer beträchtlichen Erleichterung der Lebenshaltung in der Stadt und auf dem Lande rechnen. Das wird ganz erheblich zur inneren Beruhigung unseres Volkes beitragen. Aber diese Besserung reicht nicht aus, um eine Entschädigung der Beamten und Arbeiter herbeizuführen. Es ist ganz richtig, daß bei den Eisenbahnarbeitern eine besondere Notlage besteht, denn sie haben auch den hohen Kriegslöhnen keinen Nutzen ziehen können. Das gilt auch für die Beamten, denen Teuerungszulagen immer erst gewährt wurden, wenn die Not schon aufs höchste gestiegen war. Unrichtig ist die Meldung, daß im September den Beamten eine neue Teuerungszulage gegeben werden soll. Wir würden mit einer solchen Teuerungszulage aus dem Rahmen unserer jetzigen Politik herausfallen. Sie würde den Beamten auch gar nicht viel helfen, denn sie könnte wegen der schlechten Finanzlage nur gering sein. Dagegen sind wir bereit, die bestehenden Löhne und die Zulagen für die Beamten noch eine bestimmte Zeit weiter zu zahlen, soweit es die finanzielle Lage des Staates gestattet. (Beifall.) Wie sonst, dadurch den Arbeitern und Beamten die Möglichkeit zu geben, auf diesem Wege eine Besserung ihrer finanziellen Verhältnisse herbeizuführen. Der Preußische Finanzminister hat sich damit schon einverstanden erklärt, und auch der Reichspostminister hat sich auf diesen Boden gestellt. Wir wollen also planmäßig und übersieht trotz gegenteiliger Presse die Löhne nicht gewaltsam senken und die Zulagen beseitigen, sondern wir wollen den Arbeitern und Beamten innerhalb des Rahmens unserer finanziellen Möglichkeit das bisherige Einkommen sichern, bis eine Besserung erzielt ist. (Sehr gut!) Dagegen hoffen wir, durch einen vergrößerten Arbeitsertrag auch eine körperliche Gesundung herbeizuführen.

So weit die wirtschaftlichen Maßnahmen. Organisatorisch wiederhole ich die Erklärung, daß die Eisenbahnbetriebe müssen möglich durchgeführt werden sollen. Die Bombenleiten sind so weit gediehen, daß wir in sehr kurzer Zeit zu einer Verständigung mit den Gewerkschaften kommen werden. Das gilt auch für die Errichtung von Instanzen für die Beamten auf Bezirks-, direktorialen und ministerialem Unterbau. Das System der Betriebsräte wird schnellstens durchgeführt, sobald das Gleichgesetz darüber ergangen ist. Ich wünsche keine Ausnahmestellung für meine Verwaltung. Aber die Besonderheiten des Eisenbahnbetriebes müssen natürlich berücksichtigt werden. Ich bin auch bereit, gewisse weitere politischen Programm, die Demokratisierung der Verwaltung durchzuführen. (Beifall links.) Es ist nicht so, als müsse man unter demokratischen Gesichtungen auf den Zehen stehen. Ich wünsche durchaus, daß der neuzeitliche Geist in die Verwaltung einzieht, und daß jeder Vorgesetzte in den Arbeitgebenen nicht nur den Untergebenen sieht, sondern den Menschen mit menschlichen Empfindungen und menschlichen Schicksalen. Wir wollen ein Vertrauensverhältnis schaffen, ein Geist gegenseitigen Vertrauens und gegenseitiger Würdigung soll wieder erstehen. Aber in einem so großen Betriebe, wie es die Eisenbahnen sind, muß die Angestelltenschaft natürlich auch zeigen, daß der Betrieb geordnet und leistungsfähig ist. (Lebhafte Zustimmung.) Wer sich eine unpolitische Verwaltung. Wir fragen nicht nach der politischen Gesinnung. Jeder Tüchtige wird bei uns als Mensch geachtet. Die Durchsetzung der Verwaltung mit demokratischem Geist kann nicht von heute auf morgen erfolgen. Rückfälle in die alte Zeit kommen noch immer vor. Ich greife da ein. Auf der anderen Seite aber trete ich auch dafür ein, daß jedem Vorgesetzten, der gerecht seine Pflicht erfüllt, der starke Schutz der Verwaltung zuteil wird, daß seine Rechte ebensowenig beeinträchtigt werden dürfen wie die Rechte eines Untergebenen. (Sehr richtig!) Jeder, der tüchtig beschäftigt und persönlich geeignet ist, soll die Möglichkeit zum Aufstieg bei uns haben. Das war übrigens schon früher so.

Wo Reformen notwendig sind, sollen sie auch durchgeführt deutsche Industrie wird zurückgedrängt, die Arbeitersicherheit geschädigt reformbedürftig. In diesen Reformen sollen auch die Arbeiter ihr Urteil abgeben können. Wir stehen im Augenblick auf wirtschaftlichem Gebiet an einem Wendepunkt. Wenn die Blockade fällt, wird der deutsche Markt mit ausländischen Waren überflutet werden, die deutsche Industrie wird zurückgedrängt, die Arbeitersicherheit geschädigt, und das letzte deutsche Gold aus dem Lande geholt werden. Wenn in einer solchen Zeit auch noch fortgesetzte Störungen der Arbeit durch Unruhen und Streiks fallen, so würde es und ganz unmöglich sein, wirtschaftlich wieder emporzukommen. Wir sind auf dem Weltmarkt stark ins Hintertreffen gekommen, denn alle Auslandsprodukten sind von den Feinden besetzt worden. Als müssen von unten neu anfangen. Gelingt uns das nicht, so wird ein erster Teile die Arbeiterschaft die Folgen verspüren. Unser Programm ist wirtschaftlich gesund. Ich kämpfe dafür für mein Land, aber ich kämpfe insbesondere auch für die Arbeiterschaft. (Beifall.) Unsere Finanzlage ist trübisch, sie kann nur gebessert bei Einer Zusammenraffung aller Kräfte. Wir sind also angewiesen auf die Mitwirkung des gesamten Volkes. Eine der wichtigsten Vorbedingungen dafür ist ein geordneter Betrieb der Eisenbahn. Wenn die Eisenbahn nicht funktioniert, dann stehen alle Räder still, dann können wir keine Nahrungsmittel in die Städte schaffen, dann wird die Auflösung kommen, und die Unruhen sind da. Wir wollen aber nicht den wirtschaftlichen Tod, wir wollen wirtschaftliches neues Leben, wir wollen geordnete Zustände, wir wollen Recht. (Beifall.) Wir haben ohnehin so viel Deutsche verloren, daß wir durch Auswanderung nicht noch weitere verlieren wollen. (Sehr richtig!) Jeder muß sich verantwortlich fühlen für den Aufbau, der jetzt kommen muß. Nur wenn wir alle arbeiten, ist unser Land zu retten. Dann können wir aus der Tiefe, in die wir gestürzt sind, niemals zurückkommen. Dem unserem Programm lassen wir uns durch nichts abbringen. (Beifall.) Auch Streiks und Arbeitseinstellungen können dieses Programm nicht beseitigen, das wohl überlegt ist, und an dem wir unter allen Umständen festhalten werden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Riebel**-Charlottenburg (Dem.):

Wir danken dem Minister für seine Erklärungen, die gerade jetzt am Platze sind, da wunderviel Verzagtheit bei den Eisenbahnern sich durchfressen. Hunderttausende von Eisenbahnern haben diese Erklärung erwartet und sind dankbar dafür. Es darf nicht mehr gehen nach dem System Brotenbach, der in ungeschickter Weise das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht den Eisenbahnern beschränkte. Der Geist der Demokratie muß überall sich durchsetzen. Das kann allerdings nur allmählich geschehen. Klipp und klar muß Stellung genommen werden gegen die Wut- und Weiberpolitik, wie die Mehrheit der Streikenden von einer Minderheit gezwungen wird, ihre Pflicht nicht zu erfüllen. (Beifall.) Die Streiks im Juni und Juli haben den Eisenbahnern 1/2 Milliarden Mark an Lohnverlust gekostet. (Hört, hört!) In Altona wollten die Streikenden sogar Milchzüge durchlassen. (Pfui rufe.) Heute mit einer solchen verbrecherischen Gesinnung sollte man auch als Verbrecher behandeln. (Beifall.) Hätten wir Streikpostenschutz, so würden solche Dinge nicht vorkommen. Der Geist der Arbeiter und Angestellten, besonders die Kriegsbeschädigten. (Sehr richtig!) Die Regierung sollte endlich einmal sagen, was sie über das Streikrecht denkt. Sie muß eine Formel finden, die den Eisenbahnern die Ausübung ihres politischen Rechtes gewährleistet, aber auch die Interessen der Wolfswohlfahrt berücksichtigt. (Sehr richtig!) Die Eisenbahner müssen sich bitten, gerade in dieser Zeit die öffentliche Meinung gegen sich aufzubringen. Streik entfacht die größte Schäfer, doch Ausnahmegesetze entstehen. Die Eisenbahner dürfen sich nicht zu politischen Zwecken mißbrauchen lassen. Die jetzigen Streiks haben lediglich politischen Charakter. (Lebhafte Zustimmung, Gelächter der U. Soz. — Abg. Paul Hoffmann ruft: Idiot! und wird zur Ordnung gerufen.) Die Streikenden wollen die Regierung Ebert-Bauer stürzen. Der Redner verliest eine große Anzahl von Flugblättern der kommunistischen Partei und der Streikleitung in der Absicht, auf diese Weise das politische Streik aufgedeckt wird. Damit ist bewiesen, daß es sich bei diesem Streik mit um wirtschaftliche Forderungen handelt. Wir sprechen dem Minister unser Vertrauen aus. Er möge sich seinem Willen zur sozialen Tat erwachen. (Beifall.)

Abg. Dr. **Seelmann** (D. Nat.):

Wir stimmen der Vorlage zu und sprechen der Beamtenschaft der Eisenbahnen für ihre aufopfernde Arbeit unsern Dank aus. Mit dem Moratorium hatten auch wir dafür, daß die jetzige Streikt der Eisenbahner nicht wirtschaftliche, sondern politische waren. Früher wäre es undenkbar gewesen, daß preußische Beamte streikt hätten. Die Frage des Streikrechts der Beamten ist gar nicht streitig; nach den bestehenden Gesetzesvorschriften ist ein jeder Beamte, der in den Streik tritt, disziplinarisch zu verfolgen. Wie steht der Minister zu den streikenden Beamten? Auch wir fürchten, daß den schönen Worten des Ministers vielleicht die Taten nicht folgen werden, es traut sich, es an Kraft genug fehlen wird, das heute herrschende Programm durchzusetzen. Mit Schlagwortern wie Demokratisierung der Verwaltung, worunter jeder was anderes versteht, ist nicht viel angefangen. Der Vorredner hat das Wort über, daß der Eisenbahner die Axt an der Wurzel der Staatswirtschaft hat. Wird die Wurzel zusammengehackt, dann kommt das Chaos, aber auch darauf entsteht, wird nicht die Hoffnung des Vorsitzenden des Zentralrats der Arbeiterräte, die schließlich den Interessen des Proletariats nicht fördern sich sein wird. (Beifall rechts.)

Abg. **Langer**-Oberhausen (U. Soz.):

Der Eisenbahnerstreik hat die Maßnahmen des Reichsräumungsministeriums durchkreuzt. In dem Augenblick, wo alles darauf ankommt, unsere Wehrwirtschaft wieder aufzubauen, versagen die Eisenbahnarbeiter und Eisenbahnbeamten den Dienst an Vaterlande. Mögen sie sich fragen, ob sie damit nicht der Verarmung der ganzen deutschen Werktätigkeit entgegenarbeiten, ob sie nicht damit zum Zusammenbruch der deutschen Industrie beitragen? Meine Fraktionsgenossen können nur bedauern, daß der Abg. Paul Hoffmann bei den Verhandlungen mit den Eisenbahnern eine so wenig ernste Rolle gespielt hat. Die Vorwürfe des Ministers sind unsere volle Billigung; möge er seinen Worten auch die nötige Tatkraft verbinden. Wir hoffen, daß die heutige Verhandlung den Eisenbahnern den Weg zur Einsicht und zur Wiederaufnahme der Arbeit weisen wird.

Abg. **Paul Hoffmann** (U. Soz.):

Diese Debatte hat mit dem Anleihegesetz nichts, aber auch gar nichts zu tun. Die Rede des Herrn Riebel wird das Gegenteil von dem bewirken, was er erreichen wollte. Warum ist der Minister mit seinen Mitteilungen über die Vorgänge an Eisenbahnstellen ohne, die seiner Verwaltung erst heute gekommen? Der Minister hat heute davon gesprochen, er müsse die Vorgesetzten in Schutz nehmen. Wie bleibt der Schutz der Arbeiter, der Kleinen und mittleren Beamten? Es ist keine Demokratie, wenn man die Arbeiter bloß hören will, sie wollen nicht bloß gehört werden, sie wollen mitverwalten und mitbestimmen. Herr Riebel hat hier bloß eine parteipolitische Rede gegen die Eisenbahnerleute entfalten wollen, seine Rede wird im Lande zu Unzufriedenheiten gegen die Eisenbahner aufregen. Die Lage, daß ich zum Streik aufgefordert hätte, hat sich die Staatsregierung zu Nutze gemacht. Ebenso Unruhe links und in der Mitte. Vizepräsident Dr. Porsch ruft den Redner zur Ordnung.) Niemand geht unter fortdauernden Unterbrechungen und unbewirrten Unruhe auf der Rechten auf die Geschichte der Eisenbahnerbewegung nochmals ausführlich ein und bleibt dabei, daß die Regierung mit den Werkbetriebsräten sich vorher darüber geeinigt habe, die Eisenbahnerorganisation abzulehnen. Ausstatt den Weg für weitere Verhandlungen offenzuhalten, ist man mit brutalen Maßnahmen, so mit dem Verbot der Streikversammlungen, herausgekommen. Man hat mit den Eisenbahnern Komödie gespielt. (Großer Lärm rechts.) Ein Mehrheitssozialist, aber vielmehr ein alter Nachtwächtalist, dem Mehrheitssozialist trifft nicht mehr zu (Lachen), hat als Angestellter des Deutschen Eisenbahnerverbandes den Neckarstreik für gut erklärt, und damit an seinen eigenen Auftraggeber elendes Verrat geübt. (Erneuter großer Lärm rechts und bei den Mehrheitssozialisten; Vizepräsident Dr. Porsch ruft den Redner beinahe, sich zu mäßigen.) Im Frühjahr hat man 10 Milliarden bewilligt. Da hätte auch eine kleine Summe für die Eisenbahner abfallen können, und diese wären zufriedengestellt worden. Lachen.) Auch Ihre Macht wird in dieser Bewegung ein Ende haben. Die Eisenbahnerleute und Arbeiterschaft überhaupt werden sich nicht ruhen, bis sie das volle Mitbestimmungsrecht und das Rätesystem errungen hat. (Beifall bei den U. Soz.)

Abg. **Brust** (Zentr.):

Wir sind bereit, den Wünschen der Eisenbahner so weit wie möglich entgegenzukommen. Wer einer nach Herr im Hause sein, und das kann nur die der Landesversammlung verantwortliche Verwaltung sein. Das Herrenmenschentum haben wir ab. Mit der Programmrede des Ministers sind wir einverstanden. Ohne Disziplin und Unterordnung geht es in einem so großen Betriebe nicht. Wir stehen bei dem positiven Stellung der Regierung zum Streik. Haben die Eisenbahner das Streikrecht oder nicht? Regierung und Landesversammlung müssen den Mut zu einer klaren Stellung haben. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß den Staatsbeamten das Streikrecht nicht zusteht, und wir können es in der jetzigen Zeit der äußersten Not auch den Arbeitern nicht zubilligen. (Sehr richtig!) Die Regierung sollte den gleichen Mut zu einer solchen Stellungnahme aufbringen. Den Hoch der Unabhängigen gegen die Mehrheitssozialisten verstehen wir. Nachdem es schon nicht gelungen ist, die Bogenbrücke für sich zu gewinnen, wandten sie den Schmerz der Herren Haase. (Heftige Zustimmung.)

Abg. **Schubert** (Soz.):

Auch wir billigen das Streikrechtsprogramm des Ministers. Wir sind für das Streikrecht der Eisenbahner, aber gegen jeden Mißbrauch dieses Streikrechtes zu politischen Zwecken. Gerade bei den Unabhängigen. Mindestens 99 Prozent der Eisenbahner, die durch die verbrecherische Hetze der alten Regierung von der Politik ferngehalten worden sind, wollen gar nicht, wenn sie mißbraucht worden. (Sehr richtig!) Stimmen in der Streik nicht entstanden, es war lediglich vorbereitet. (Hört, hört!) Paul Hoffmann gesagt Christiansen war, die Verhandlungen im Ministerium zum Scheitern zu bringen. (Hört, hört!) Den Eisenbahnern war es im Kriege nicht gut gegangen, und daher hoffen sie sich jetzt um so leichter politisch mißbrauchen. Die Verhandlungen im Ministerium hatten noch gar nicht begonnen, als die politischen Drahtzieher schon verörterten, die Forderungen seien abgelehnt worden, die Eisenbahner müßten heraus aus den Betrieben. (Hört, hört!) Bei den Wahlen der Vertrauensleute ist besonders Gewicht darauf gelegt worden, daß es nicht Gewerkschaftler zu sein brauchen. (Hört, hört!) So kommt es, daß Leute, wie Erich Wollenberg und Genossen das Heft in die Hand bekommen. Diese Verhandlungen Paul Hoffmann über die Verhandlungen im Ministerium war völlig falsch. (Hört, hört!) Wenn Staemke nachts 12 Uhr weitgehende Versprechungen stellen und Erfüllung binnen einer halben Stunde verlangen, so ist das gleich Erpressung. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben aber an der gewerkschaftlichen Taktik fest. Die Unabhängigen haben ständig den Mißbetrieb in den Vordergrund geschoben und daran ihre Parteiexistenz gehebt. Die Kommunisten sie jetzt die Betriebsorganisation zerstören wollen, haben früher zu den Gehen gehört. (Lebhaftes hört, hört!)

Die Aussprache schließt.

In einer persönlichen Bemerkung beschimpft der Abg. Mistl (U. Soz.) den Abg. Riebel als Lügner, weil er behauptet habe, Mistl habe in einer Eisenbahnerversammlung gesprochen. Der Redner, der seine Beschimpfungen immer wiederholt, wird dreimal zur Ordnung gerufen.

Abg. **Riebel** (Dem.) bezieht sich auf einen Zeitungsbericht.

Die Vorlage wird hierauf in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Ihre nächste Sitzung über das Ministerium des Innern wird fortgesetzt.

Abg. **Brudzinski** (D. Nat.) fährt Beschwerde über die Behandlung der von den Polen festgesetzten Geiseln und Gefangenen. Die Ostmärker stehen auf dem Standpunkt, daß mit der Sprache Polen herauszukommen und verkauft habe. Mit wahrster Rücksichtslosigkeit und Grausamkeit haben die Polen im Januar 1919 Massenmeuchelmorden von Deutschen, auch den deutschen Frauen und Kindern, begangen. Die Ostmärker sind bis heute nicht wegen dieser Greuel bestraft. Erst nach Wochen haben die Deutschen mit der Festsetzung polnischer Geiseln geantwortet. Die Behandlung der Deutschen in den Gefangenenlagern spricht jeder Menschlichkeit Hohn. Die jetzige Regierung hat sich an der Ostmark schwer versündigt und die Internierten müssen die Sünden der Regierung büßen.

Die Wunder der Tonkunst.

Von

Wilhelm Heinrich Wackenroder.

Wenn ich es so recht innig genieße, wie der leeren Stille sich auf einmal, aus freier Willkür, ein schöner Zug von Tönen entwindet, und als ein Opferrauch emporsteigt, sich in Lüften wiegt, und wieder still zur Erde herabsinkt; — da entsprießen und drängen sich so viele neue, schöne Bilder in meinem Herzen, daß ich vor Wonne mich nicht zu lassen weiß. — Bald kommt Musik mir vor wie ein Vogel Phönix, der sich selbst verbrennt, und kühn zu eigener Freude erhebt, zu eigenem Behagen sich sterbend hinaufschwebt und Götter und Menschen durch seinen Flügelschwung erfreut. — Bald dünkt es mich, Musik sei wie ein Kind, das tot im Grabe lag — ein köstlicher Sonnenstrahl vom Himmel entnimmt ihm die Seele sanft, und es genießt, in himmlischen Aether versetzt, goldene Tropfen der Ewigkeit und umarmt die Urbilder der allerschönsten menschlichen Träume. — Und bald, wie herrliche Fülle der Blüten! — bald ist die Tonkunst mir ganz ein Bild unseres Lebens: — eine rührend kurze Freude, die aus dem Nichts entsteht und ins Nichts vergeht — die anjetzt und versinkt, man weiß nicht warum: eine feine, fröhliche, grüne Insel, mit Sonnenschein, mit Sang und Klang — die auf dem dunklen, unergründlichen Meere schwimmt.

Fragst du Tonmeister warum er so herzlich fröhlich sei auf seinem Saitenspiel. „Ist nicht", wird er antworten, „das ganze Leben ein schöner Traum? eine liebliche Seifenblase? Mein Tonstück desgleichen."

Wahrlich, es ist ein unschuldiges, rührendes Vergnügen, an Tönen, an reinen Tönen sich zu freuen! Eine kindliche Freude! — Wenn andere sich mit unruhiger Geschäftigkeit bei täuben, und von verwirrten Gedanken, wie von einem Heer fremder Nachtvögel und böser Insekten, umschwirrt, endlich ohnmächtig zu Boden fallen; — oh, so taucht' ich mein Haupt in dem heiligen, kühlenden Quell der Töne unter, und die heilende Göttin flößt mir die Unschuld der Kindheit wieder ein, daß ich die Welt mit frischen Augen erblicke, und in allgemeine, freudige Verehrung zerfließe. — Wenn andere über selbsterfundene Grillen zanken, oder ein verzweiflungsvolles Spiel des Witzes spielen, oder in der sinnlichkeit mißgestaltete Ideen brüten, die wie die gebarnischten Männer der Fabel, verzweiflungsvoll sich selber verzehren; — oh, so schließ' ich mein Auge vor all dem Kriege der Welt — und ziehe mich still in das Land der Musik als in das Land des Glaubens, zurück, wo alle unsre Zweifel und unsre Leiden sich in ein tönendes Meer verlieren — wo wir alles Gekrächze der Menschen vergessen, wo kein Wort- und Sprachenge-thatter, kein Gewirr von Buchstaben und monstriöser Hieroglyphenschrift uns schwindlig macht, sondern alle Angst unseres Herzens durch leise Berührung auf einmal gestillt wird. — „Und wie? Werden hier Fragen und Beantwortet? Werden Geheimnisse uns offenbart?" — Ach nein! aber statt aller Antwort und Offenbarung werden uns lustige, schöne Wollengestalten gezeigt, deren Anblick uns beruhigt. wir wissen nicht wie; — mit klarer Sicherheit wandern wir durch das undelannte Land hindurch — wir begreifen und umarmen fremde Geisterwesen, die wir nicht kennen, als Freunde, und alle die Unbegreiflichkeiten, die unser Gemüt beistürmen, und die die Krankheit des Menschengeschlechtes sind, verschwinden vor unsern Sinnen, und unser Geist wird gesund durch das Anschauen von Wunden, die nach weit unbegreiflicher und erhabener sind. Dann ist dem Menschen, als möcht' er sagen: „Das ist's, was ich meine! Nun hab' ich's gefunden! Nun bin ich heiter und froh!"

Laßt sie spotten und höhnen, die andern, die wie auf rasselnden Wagen durchs Leben dahinfahren, und in der Seele des Menschen das Land der heiligen Ruhe nicht kennen. Laßt sie sich rühmen ihres Schwindels, und trohen, als ob sie die Welt mit ihren Zügeln lenkten. Es kommen Zeiten, da sie darben werden.

Wohl dem, der, wann der irdische Boden untreu unter seinen Füßen wankt, mit lichtern Sinnen auf kühne Töne sich retten kann, und nachgebend mit ihnen bald sanft sich wiegt, bald mutig dahertanzt, und mit solchem lieblichen Spiele seine Leiden vergißt!

Wohl dem, der (nuhe des Gewerbes. Gedanken seiner und seiner Zuhörer, welches die Seele verklingen) sich den sanften und mächtigen Zügen der Sehnsucht ergibt, welche den Geist ausdehnen und zu einem schönen Glauben erheben. Nur ein solcher ist der Weg zur allgemeinen, umfassenden Liebe, und nur durch solche Liebe gelangen wir in die Nähe göttlicher Gelassenheit. — —

Dies ist das herrlichste und das wunderbarste Bild, so ich mir liebe, und nur durch solche Liebe gelangen wir in die Nähe göttlicher Gelassenheit. — —

Dies ist das herrlichste und das wunderbarste Bild, so ich mir von der Tonkunst entworfen kann, — obwohl es die meisten für eine Schwärmerei halten werden.

Aber aus was für einem magischen Präparat steigt nun der Duft dieser glänzenden Geistererscheinung empor? — Ich sehe zu — und finde nichts als ein elendes Gewebe von Zahlenproportionen, handgreiflich dargestellt auf gedrutztem Holz, auf Gefällen von Darmsaiten und Messingdraht. — Das ist fast noch wunderbarer, und ich möchte glauben, daß die unsichtbare Harfe Gottes zu unseren Tönen mitklingt und dem menschlichen Zahlengewebe die himmlische Kraft verleiht.

Und wie gelangte denn der Mensch zu dem wunderbaren Gedanken, Holz und Erz tönen zu lassen? Wie kam er zu der törichten Erfindung dieser über alles seltsamen Kunst? — Das ist ebenfalls wiederum so merkwürdig und sonderlich, daß ich die Geschichte, wie ich sie mir denke, kurz herfagen will.

Der Mensch ist ursprünglich ein gar unschuldiges Wesen. Wenn wir noch in der Wiege liegen, und unser kleines Gemüt von hungert zwischenden Kräften gestärkt und erzogen, und in allen artigen Künsten geübt. Sternen wir durchs Lächeln nach und nach fröhlich sein, durchs Weinen lernen wir traurig sein, durchs Angaffen mit großen Augen lernen wir was erhaben ist, andeten. Aber so wie in der Kindheit mit dem Spielzeuge nicht recht umzugehen wissen, so wissen wir auch mit den Dingen des Herzens noch nicht recht zu spielen, und verwechseln und verwirren in dieser Schule der Empfindungen noch alles durcheinander.

Wenn wir aber zu den Jahren gekommen sind, so verstehen wir die Empfindungen, die da nun Fröhlichkeit oder Betrübnis, oder jede andere, gar geschickt anzubringen, wo sie hingehören; und da führen wir sie manchmal recht schön zu unserer eigenen Beseidigung aus. Ja, obwohl diese Dinge eigentlich nur eine gelegentliche Zutat zu den Begebenheiten unseres gesellschaftlichen Lebens sind, so finden wir doch soviel Lust daran, daß wir die sogenannten Empfindungen gern von dem verwirrten Wust und Gefleckt des irdischen Wesens, worin sie vermischt sind, ablösen, und sie uns zum schönen Angedenken besonders ausführen, und auf eigene Weise aufbewahren. Geschieht uns diese Geschicke die in unseren Herzen aufsteigen, manchmal so herrlich und groß, daß wir sie wie Reliquien in kostbare Monstranzen einschließen, freudig davor niederknien, und im Taumel nicht wissen, ob wir unser eigenes menschliches Herz, oder ob wir den Schöpfer, von dem alles Große und Herrliche kommt anbeten.

Zu dieser Aufbewahrung der Gefühle sind nun verschiedene schöne Erfindungen gemacht worden, und so sind alle schönen Künste entstanden. Die Musik aber halte ich für die wunderbarste dieser Erfindungen, weil sie menschliche Gefühle auf eine übermenschliche Art schildert, weil sie uns alle Bewegungen unseres Gemüts unsörperlich, in goldene Wolken luftiger Harmonien eingekleidet, über unserem Haupte zeigt, — weil sie eine Sprache redet, die wir im ordentlichen Leben nicht kennen, die wir gelernt haben, wir wissen nicht wo und wie, und die man allein für die Sprache der Engel halten möchte.

Sie ist die einzige Kunst, welche die mannigfaltigsten und widersprechendsten Bewegungen unseres Gemüts auf dieselben schönen Harmonien zurückführt, die mit Freud' und Leid, mit Verzweiflung und Verehrung in gleichen harmonischen Tönen spielt. Daher ist sie es auch, die uns die echte Seligkeit der Seele einflößt, welche das schönste Kleinod ist, das der Mensch erlangen kann; — jene Heiterkeit meine ich, da alles in der Welt uns natürlich, wahr und gut erscheint, da wir im wildesten Gewühle der Menschen einen schönen Zusammenhang finden da wir mit reinem Herzen alle Wesen uns verwandt und nahe fühlen, und gleich den Kindern die Welt wie durch die Dämmerung eines lieblichen Traumes erblicken.

Wenn ich in meiner Einfalt unter freiem Himmel vor Gott glückselig bin, — indes die goldenen Strahlen der Sonne das hohe blaue Zelt über mir ausspannen, und die grüne Erde rings um mich lacht, — da ist's am reichen Ort, daß ich mich auf den Boden werfe, und in vollen Freuden dem Himmel lautjauchzend für alle Herrlichkeit danke. Was aber tut also dann der sogenannte Künstler unter den Menschen? Er hat mir zugesehen, nebt, innerlich erwärmt, stillschweigend heim, läßt sich sympathetisches Entsücken auf beliebem Saiteninstrel weit herrlicher daherrauschen, und bewahrt es auf in einer Sprache, die kein Mensch je geredet hat, deren Heimat niemand kennt, und die sehen bis in die innersten Nerven ergreift.

Wenn mir ein Bruder gestorben ist, und ich bei solcher Begebenheit des Lebens eine tiefe Traurigkeit gelassig anbringe, meinend im engen Winkel sitze und alle Sterne trauer je betrübter sehen als ich — dann — indes hinter meinem Rücken schon die spatende Zukunft steht, und aber den schnell vergänglichen Schmerz des Menschen lacht — dann steht der Tonmeister vor mir und wird von all den sammervollen Händerungen so bewegt, daß er den schönen Schmerz daheim auf seinen Tönen nachgebärdet und mit Lust und Liebe die menschliche Betrübnis verschönert und unsterblich und so ein Werk hervorbringt, das aber Welt zur tiefsten Rührung gereicht. — Ich aber — wenn ich sanft das angenehme Händeringen um meinen toten Bruder verlernt habe, und dann einmal das Werk seiner Betrübnis höre — dann freu' ich mich kindlich über mein eigenes, so glorreich verherrlichtes Herz und nahme und bereichere mein Gemüt an der wunderbaren Schöpfung.

Wenn der Engel des Himmels auf dieses ganze liebliche Spielwerk herabsehen, das wir die Kunst nennen — so müssen sie wehmütig lächeln über das Kindergeschlecht auf der Erde, und lächeln über die unschuldige Ergaunigenheit in dieser Kunst der Töne, wodurch das sterbliche Weisen sich zu ihnen erheben will.

Eine Million für die „Tragische Muse" von Reynolds. Eins der berühmtesten Bilder des englischen Malers Sir Joshua Reynolds, die „Tragische Muse", ein Porträt der Schauspielerin Mrs. Siddons, ist vor einigen Tagen in London öffentlich versteigert worden und hat den enormen Preis von 54 000 £, also mehr als eine Million Mark deutschen Geldes (in Friedenswährung!) als Erlös gebracht. Die Versteigerung, die durch die weltberühmte Firma Christie geschah, gestaltete sich denn auch zu einer wahren Sensation. Es ist der Herzog von Westminster, der sich das Bildes, das von den Umwelzen mit lautem Beifall begrüßt wurde, entsinnt, und das dieser Tatsache ist zu ersehen, daß selbst dieser englische Lord, der bisher als einer der allerreichsten unter seinesgleichen galt, von der Not der Zeit betroffen zu sein scheint. Mit 30 000 Mark war die „Tragische Muse" angesetzt, doch wurde dieser Betrag sofort verdreifacht. Der höchste Bieter in England für ein Bild erreichte Preis, der vor einiger Zeit für Romneys „Anne, Lady de la Pole" mit 41 870 £ bezahlt wurde, war also überschritten und das Gemälde wurde dann für 54 000 £ einem „Mr. Marshall" zugeschrieben. Londoner Kunstkreise sind von diesem Ergebnis nicht sonderlich erbaut. Denn sie vermuten hinter dem geheimnisvollen „Mr. Marshall" irgendeinen amerikanischen Kriegsgewinner und sehen mit Schmerz voraus, daß abermals ein englisches nationales Kunstwerk allerersten Ranges die Reise über den Ozean antreten wird, um dem Palast eines Dollarmenschen in der „Fünfzig Avenue" zu schmücken. — Also alles wie bei uns!

Ein Vertreter des Kriegsministeriums erwidert, daß der Staatsregierung diese völkerrechtswidrige Behandlung wehrloser Gefangener in den polnischen Gefangenenlagern bekannt ist. General von Hammerstein hat in Spaa schärfsten Einspruch dagegen erhoben, der französische General hat noch keine Antwort gegeben. (Hört, hört! rechts.) Seit der Intervention des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz hat sich die Lage der Gefangenen in Bezug auf Unterkunft, Verpflegung und sanitäre Verhältnisse gebessert, aber noch immer spricht die Behandlung durch das untergeordnete polnische Lagerpersonal jeder Menschlichkeit Hohn. Beim Obersten polnischen Staatsrat ist gleichfalls Verwahrung eingelegt worden und nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages hat die preußische Regierung der Entente sofort den Wunsch nach Remedur zu erkennen gegeben.

Abg. Dr. **von Richter** (D. Vp.) begründet die am 19. März gestellte förmliche Anfrage der Deutschen Volkspartei nach den Grundsätzen, nach denen die Regierung bei der Anstellung und Entlassung von Staatsbeamten verfahren ist und verfahren will, und nach den Zusicherungen, die den in den Staatsdienst neu übernommenen Personen bei ihrer Anstellung als Staatsbeamte in bezug auf Gehalt, Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung gemacht worden sind. Redner beginnt mit einem Bedauern über die Abwesenheit des zuständigen Ministers und führt dann aus, daß neuerdings nicht mehr Treue und Pflichterfüllung den Beamten ihr Verbleiben und Fortkommen im Staatsdienste zu sichern scheint, sondern daß an die Stelle dieser Eigenschaften die politische Gesinnung und die Betätigung in einer ganz einseitigen Richtung getreten sei. Der immer wachsenden Beunruhigung in den Beamtenkreisen hätte die Regierung längst durch eine offene Darlegung ihrer Grundsätze begegnen müssen. Auch die Regierung müsse sich doch des Wertes und der Bedeutung der ungestörten Arbeit der Staatsbeamten für das Vaterland bewußt sein. Tatsächlich habe man das in den Ministerien bestehende System des gegenseitigen Mißtrauens, welches in der Ueberwachung des Ministers durch je zwei parlamentarische Unterstaatssekretäre zum Ausdruck gelange, auf die höhere Beamtenschaft übertragen. Nach gründlicher fachlicher Vorbildung der höheren Beamten werde anscheinend nicht mehr gefragt, ihre Entpolitisierung nicht gefordert, im Gegenteil. Sehr schwere Bedenken seien gegen die Ernennung der neuen Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein und Schlesien und des Regierungspräsidenten von Frankfurt a. d. Oder geltend zu machen; hier habe lediglich die Zugehörigkeit der Ernannten zur sozialdemokratischen Partei den Ausschlag gegeben. Diese Partei sei aber nicht der Staat. Die Regierung treibe eine Politik mit doppeltem Boden. Wir lehnen es jedenfalls ab, daß irgend eine Partei mit staatlichen Geldern unterstützt wird. Selbstverständlich können auch Sozialdemokraten die Fähigkeit haben, ein Amt zu bekleiden. Aber Parteisekretäre und Gewerkschaftssekretäre ohne allgemeine Bildung taugen dazu nicht. Das Bekenntnis zur sozialdemokratischen Partei ist doch keine besondere Ueberlegenheit des Geistes. (Heiterkeit rechts.) Die Regierung müßte sich selbst gegen das Verlangen einer Partei sträuben, mit solchen Personen Aemter zu besetzen. Wir wünschen keine Politisierung des Staatsbeamtentums. Welche Grundsätze gelten für die Regierung? Wir wünschen nicht, daß der Staat ein Spielball der politischen Parteien wird. Wir wenden uns gegen jede Bevorzugung irgend einer Partei. (Beifall rechts.)

Minister des Innern Heine:

Der Abg. von Richter hat sich gegen Gesinnungsschnüffelei und Unduldsamkeit der jetzigen Regierung gewendet. Dabei ist er selbst ein Beispiel für unsere weitgehende Duldsamkeit. (Sehr richtig! links.) Aus seiner Tätigkeit als Abgeordneter machen wir ihm keinen Vorwurf. Aber er weiß, daß andere Handlungen von ihm Gegenstand von Beschwerden gewesen sind, und daß die preußische Regierung mit aller Entschiedenheit sein Recht verteidigt hat, seine politische Ueberzeugung überall zum Ausdruck zu bringen. (Hört, hört! links.) Wir sind der Ansicht, daß jeder Beamte das Recht hat, innerhalb der Grenzen des Gesetzes seiner politischen Ueberzeugung gemäß zu handeln. Zur Tätigkeit eines Beamten gehören Kenntnisse, Erfahrung und Persönlichkeitswerte. Man kann nun diese drei Dinge nicht nach Art eines Apothekenrezeptes verteilen und sagen: so und soviel Gramm Kenntnis, so und soviel Gramm Erfahrung und so und soviel Gramm Persönlichkeitswerte. Wir müssen nach anderen Maßstäben urteilen. Wir denken nicht daran, einen Menschen nur seiner Gesinnung wegen auf einen Platz zu setzen, für den er sich sonst nicht eignet. Aber in der heutigen erregten Zeit kommt man mit Examenswissen allein nicht aus. Wir müssen Beamte haben, die das Vertrauen der Bevölkerung genießen. Nur unter diesem Gesichtspunkt wird von uns verfahren, und wir prüfen da mit äußerster Sorgfalt und überlegen uns jede Anstellung zehnmal und noch mehr. (Zuruf rechts: Koppenbring!) Hier scheint in der Tat ein Mißgriff begangen zu sein. Aber gab es in dem alten Regiment keine Mißgriffe? Wenn keine Mißgriffe vorgekommen wären, dann wäre dieses System am 9. November nicht so jämmerlich zusammengebrochen. (Sehr richtig! links.) Es sind dann genannt worden die Oberpräsidenten Kürbis und Philipp sowie der Regierungspräsident Bartel. Man hätte noch erwähnen können die Staatskommissare Winnig und Hörsing, sowie den Reichskommissar Severing. Sie haben sich sämtlich glänzend bewährt. (Beifall links.) Weil wir das wußten, haben wie sie ernannt. Kürbis hat in Schleswig-Holstein allen feindlichen Treibereien die Spitze abgebrochen und steht an der Spitze der Bewegung, die Schleswig-Holstein dem Deutschtum erhalten will. Denken Sie nur an seine Rede in Rendsburg. Oberpräsident Philipp hat in Schlesien auf einem der schwierigsten Posten Hervorragendes geleistet und Regierungspräsident Bartel versteht ausgezeichnet mit Menschen umzugehen. Eine tüchtige Persönlichkeit ist jetzt die Hauptsache, überragende Genies haben wir nicht in so großer Zahl. Ich schätze die Leistungen der Beamten mit Fachkenntnissen und Routine außerordentlich und bin diesen Beamten dankbar, daß sie diese Eigenschaften dem neuen Regiment vorurteilslos zur Verfügung gestellt haben. Aber heute kommt man mit Fachkenntnissen und Routine nicht aus, heute gehört ein Herz dazu für die neuen Dinge, Entschlußkraft, guter Wille, etwas Neues zu tun. (Beifall links.) Wir müssen in diesen Tagen häufig etwas tun, vor dem ein korrekter alter Beamter das Grauen bekommen würde. Wir erklären also, daß wir niemanden seiner Gesinnungen wegen verfolgen, und daß die Anstellungen nicht geschehen nach der Zugehörigkeit zu einer Partei. Wohl aber bringen die früheren Gewerkschaftssekretäre und Parteisekretäre etwas mit, was sie nach jahrzehntelanger Arbeit an die Spitze ihrer Organisation geführt hat, nämlich die Fähigkeit, mit Menschen und unter Menschen zu arbeiten und zu leben. Diese Männer besitzen Eigenschaften, die sie auch zur Bekleidung leitender Staatsämter fähig machen. Das ist keine Gewaltherrschaft der Regierung, sondern der Ausdruck des Volkswillens. (Beifall.)

Abg. Lüdemann (Soz.):

Ist der Regierung bekannt, daß technische Angestellte wegen ihrer Tätigkeit im Gemeindedienst vielleicht entlassen worden sind?

Minister des Innern Heine:

Es gibt kein Gesetz, welches es einem Arbeitgeber unmöglich macht, einem Angestellten wegen seiner Tätigkeit als Stadtverordneter zu kündigen.

Dienstag 1 Uhr: Fortsetzung, vorher kleine Anfragen, Gemeinderecht der Frauen, kleinere Vorlagen.

Schluß 6¾ Uhr.

Anträge und Anfragen in der Preußischen Landesversammlung.

Viehaufbringung für die Entente. Bei der Aufbringung der an die Entente abzuliefernden Rindvieh- und Pferdemengen ist auf die Bewohner des besetzten Gebiets die durch ihre schon gebrachten Opfer erforderliche Rücksicht zu nehmen. Antrag der Zentrumspartei.

Industrielle Staatsbetriebe. Umgestaltung der industriellen Staatsbetriebe zu geeigneter Friedensarbeit. Antrag der sozialdemokratischen Partei.

Arbeitszeit in Bergwerken. Einführung der 6½stündigen Arbeitszeit ab 1. Oktober 1919 und der 6stündigen Arbeitszeit ab 1. Januar 1920 für die unterirdischen Belegschaften der Bergwerke. Antrag der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei.

Fürsorgeerziehung. Umgestaltung des bestehenden Fürsorgeerziehungs-Gesetzes unter Beschränkung des Antragsrechtes auf Fürsorgeerziehung auf Eltern, Vormünder, Jugendämter, Gemeindevertretungen und Uebertragung der Leitung der Fürsorgeerziehungsanstalten an Fachleuten. Anfrage der sozialdemokratischen Partei.

Die Grundrechte in der Verfassung.

In der Freitagsitzung hat die Nationalversammlung sich dem zweiten Hauptteil der Verfassung, „Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen“ zugewendet. Die Verhandlung begann mit einer Mahnung des Präsidenten an die Mitglieder, sich im Umfange ihrer Ausführungen tunlichste Beschränkung aufzuerlegen. Dieser Appell war nicht ganz ungerechtfertigt, wenn man bedenkt, daß die Nationalversammlung von 1848 sich vom Juli bis Ende September mit den „Grundrechten des deutschen Volkes“ beschäftigt hatte, die am 27. September 1848 besonders verkündet wurden. Die damalige Nationalversammlung hat sich dadurch von ihrer Hauptarbeit, der Beratung einer Verfassung, völlig abbringen lassen und begann die Erörterungen darüber erst am 20. Oktober. Der Reichskommissar Preuß wies mit Recht darauf hin, daß dieses Abgehen von der Aufgabe, zu deren Lösung die Nationalversammlung berufen war, den kläglichen Ausgang verschuldet hat. Weitaus zielbewußter hatte seinerzeit die „Assemblée nationale constituante“ von 1789 gearbeitet. Am 14. Juli 1789 wurde die Bastille erstürmt, womit die Revolution in ihren aktiven Entwicklungsabschnitt eintrat, und schon am 26. August 1789 erfolgte die „Déklaration des droits l'homme et du citoyen“, die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, dieses weltgeschichtliche Dokument, auf das später immer wieder zurückgegangen wurde, wenn es sich darum handelte, gegenüber den Anforderungen des Obrigkeitsstaates die Rechte des Volkes verfassungsmäßig zur Geltung zu bringen und urkundlich festzustellen.

Auch die Verfassungen der deutschen Staaten, die in Gemäßheit des Art. 13 der deutschen Bundesakte dem Volke eine Beteiligung an der Regierung einräumten, übernahmen Leitsätze für die staatsbürgerlichen und politischen Rechte der Untertanen, so schon die ersten deutschen Verfassungen, die bayerische vom 26. Mai 1818 und die badische vom 22. August 1818. Ebenso hatte die preußische revidierte Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1854 in einem Titel 2 „Von den Rechten der Preußen“ die Grundrechte urkundlich festgestellt.

Die Reichsverfassung vom 16. April 1871 enthielt ebensowenig wie die Verfassung des Norddeutschen Bundes, die ihr als Vorbild gedient hat, irgend eine Vorschrift über die Grundrechte der Deutschen. Dies ist durchaus verständlich, wenn man erwägt, daß die Verfassung, wie schon die Einleitung ergibt, als ein Bund der Fürsten gegründet war. Die Stellung des einzelnen war daher nur durch die Landesverfassung gesichert und somit in ganz verschiedenem Umfange. In dem ursprünglichen Preußschen Entwurf der neuen Verfassung umfaßte der zweite Abschnitt „Die Grundrechte des Deutschen Volkes“ im ganzen 12 Paragraphen. Der Ausschuß-Entwurf behandelt die Grundrechte und Grundpflichten in den Artikeln 107—162; aus den 18 Paragraphen sind also 55 Artikel geworden. In 5 Abschnitten werden behandelt: Die Einzelwesen, das Gemeinschaftsleben, Religion und Religionsgesellschaften, Bildung und Schule, das Wirtschaftsleben. Ob es nötig war, eine solche umfangreiche Feststellung in einem demokratisierten Staate zu treffen, wurde von Rednern fast aller Parteien bezweifelt. Auch der Reichskommissar wies darauf hin, daß die uferlose Erweiterung der grundrechtlichen Bestimmungen den Wünschen der Regierung entgegen war. Es ist anzunehmen, daß bei der allseitigen Abneigung, durch eine lange Erörterung der Grundrechte die Verabschiedung der eigentlichen verfassungsrechtlichen Bestimmungen zu hindern, die letzteren zunächst zur abschließenden Erörterung kommen. Es soll hierüber zunächst unter den Parteien verhandelt werden, da über die Aufnahme gewisser Vorschriften — des Kompromisses in der Schulfrage — zwischen den beiden Regierungsparteien nach dem Berichte unserer Weimarer Leitung Schwierigkeiten entstanden sind. Das Schicksal dieses Teiles des Verfassungsentwurfes ist daher noch nicht vorauszubestimmen. W. H.

* * *

54. Sitzung,
vom Freitag, 11. Juli, vorm. 9½ Uhr.

Am Regierungstische: David, Dr. Preuß, Dr. Bell.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung 9 Uhr 50 Minuten. Das Haus erledigt zunächst eine Reihe

Anfragen.

Abg. **Veidt** (dnat. Vp.) wiederholt die am 1. Juli nicht beantwortete Anfrage über den Ueberfall des Kapitänleutnants von Mücke während eines Schülervortrages in Frankfurt am Main.

Regierungsvertreter Freiherr **von Welser** bestätigt die in der Anfrage mitgeteilten Tatsachen. Die preußische Regierung soll ersucht werden für bessere Sicherheit der Personen in Frankfurt a. M. Sorge zu tragen.

Eine Anfrage des Abg. Dr. **Becker** (d. Vp.) lenkt die Aufmerksamkeit auf die Notlage der in den infolge des Friedensvertrages von Deutschland abgetrennten Gebieten stellungslos werdenden Reichsbeamten.

Regierungsvertreter Freiherr **v. Welser** sagt zu, daß die Regierung nicht nur der vorübergehenden Not steuern, sondern den betreffenden Reichsbeamten auch wieder Stellungen verschaffen will.

Abg. **Delius** (Dem.) fordert im Hinblick auf die Wucherpreise für Kirschen Vorkehrungen, damit wenigstens die Hartobsternte der Bevölkerung zu angemessenen Preisen zugeführt werden kann.

Regierungsvertreter Dr. **Beyerlein** führt aus, daß die Kirschenpreise zum Teil unter „entsprechenden Maßnahmen der Bevölkerung“ eine Wendung erfahren hätten. Ueber die Hartobsternte könne noch keine Entscheidung getroffen werden.

Eine Anfrage des Abg. Dr. **Becker** (d. Vp.) regt gesetzliche Maßnahmen zur Entschädigung von Patentinhabern an, die Verluste erlitten haben infolge der Behinderung der Ausnutzung der Patente durch den Krieg.

Unterstaatssekretär **Delbrück** teilt mit, daß die Reichsregierung nicht beabsichtigt, über die Angelegenheit eine Vorlage auszugeben, da das eine ungerechtfertigte Bevorzugung einer einzelnen Bevölkerungsklasse sein würde. —

Auf eine Anfrage der Frau Abg. **Mende** (d. Vp.) über die Eierbewirtschaftung im Regierungsbezirk Magdeburg sagt ein Regierungsvertreter Untersuchung zu. — Für durch die belgische Besatzung der Rheinländer requirierte Pferde, auf die sich eine Anfrage des Abg. Bergmann (Zentr.) bezieht, sagt Regierungsvertreter Freiherr von Welser aus Billigkeitsgründen Entschädigung zu.

Abg. **Blum** (Zentr.) rügt in einer Anfrage die unbefriedigende finanzielle Regelung der den Gemeinden auf der linken Rheinseite erwachsenden Einquartierungslasten.

Regierungsvertreter Freiherr **von Welser** stellt rasche Abhilfe in Aussicht. —

Abg. **Blum** (Zentr.) stellt ferner eine Anfrage über die Schädigung infolge der Vormarschbereitungen der Gegner für den Fall der Ablehnung des Friedens. —

Regierungsvertreter Freiherr **von Welser** stellt eine Vorentschädigung in Aussicht. —

Abg. Dr. **Rießer** (d. Vp.) bemängelt in einer Anfrage die geschmacklose Ausführung der Erinnerungsmarken für die Nationalversammlung.

Hierauf wird die

Beratung der Verfassung

fortgesetzt. Sie beginnt mit dem zweiten Hauptteil. (Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen.)

Präsident Fehrenbach:

Es wäre erwünscht, wenn wir heute wenigstens die beiden ersten Abschnitte dieses Teils (die „Einzelpersonen und das Gemeinschaftsleben“) erledigen können. Dazu wird aber eine erhebliche Einschränkung der Redelust notwendig sein, und das wird, wie ich aus zahlreichen mir zugegangenen Zuschriften ersehe, auch draußen im Lande gewünscht. Es kommen im zweiten Hauptteil Artikel vor, über die man tagelang debattieren könnte: Ich nenne nur die Frage der unehelichen Kinder und die Todesstrafe. Ich befürchte, daß neue Gedanken gegenüber dem, was in ungefähr sieben Jahrzehnten darüber schon geschrieben und gesprochen worden ist, heute kaum mehr zutage gefördert werden können. (Sehr richtig und lebhafte Zustimmung.) Wie ich auch der unmaßgeblichen Meinung bin, daß gestern trotz der sehr schönen Reden über die Gerichtsbarkeit etwas Neues kaum zutage gefördert worden ist und jedenfalls auf die Abstimmung kaum irgendwelchen Einfluß ausgeübt hat. (Sehr richtig!) Ich würde mich sehr freuen, wenn die Versammlung sich entschließen könnte, ein größeres Gewicht auf die Tat der Abstimmung als auf die Länge und Schönheit der Reden zu legen. (Lebhafter Beifall und Zustimmung.)

Artikel 107 besagt: „Die Grundrechte und Grundpflichten bilden Richtschnur und Schranke für die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtspflege im Reich und in den Ländern.“

Abg. Dr. Heinze (D. Vp.)

legt die schweren Bedenken dar, die vom Standpunkt des Juristen wie des Politikers gegen die Aufnahme so umfangreicher Grundrechte gegen die Verfassung zu erheben seien. Die Bismarckische Verfassung kannte überhaupt keine Grundrechte, der Regierungsentwurf nur in sehr beschränktem Maße, der Ausschußentwurf dagegen enthält Grundrechte in einem Umfang, wie meines Wissens kein anderes Grundgesetz irgend eines Großstaates. Dabei läßt die Aufnahme oder Nichtaufnahme der Grundrechte jedes System und jeden einheitlichen Zug vermissen. Rein aus Zufall, aus einem augenblicklichen Empfinden heraus sind Rechtssätze in die Grundrechte hineingenommen worden, die die Verfassung nur unnütz belasten, und obendrein Eingriffe in das positive Recht bedeuten. Redner legt dies an einer langen Reihe von Einzelbeispielen dar. Ich muß, so schließt er, solche Beispiele vorbringen, um nachzuweisen, wie durch derartige Eingriffe in das positive Recht auch eine außerordentliche Verwirrung in unser ganzes Rechtsleben hineingetragen wird. (Beifall rechts.)

Abg. Koch-Cassel (Dem.):

Die Ausführungen des Herrn Dr. Heinze enthalten gewiß manches Richtige. Die Zeit, wo es notwendig war, Grundrechte zu schaffen, ist vorüber. In einem demokratischen Staat ist jederzeit Gelegenheit geboten, das, was hier nur flüchtig angedeutet werden kann, durch geordneten Mehrheitsbeschluß zum Gesetz zu erheben. Weiter besteht die große Gefahr, daß die Aufnahme oder Nichtaufnahme bestimmter Grundrechte nach parteipolitischen Gesichtspunkten erfolgt. Deshalb sind diese uns vorliegenden Grundrechte nicht ein weit in die Zukunft schauendes Werk, sondern ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Parteianschauungen, ein interfraktionelles Parteiprogramm mit allen seinen Schwächen und Unklarheiten. (Sehr richtig!) Nachdem aber nun einmal im Regierungsentwurf Grundrechte enthalten waren, war es schwer ganz ohne sie auszukommen; man sollte sich aber nun wenigstens auf das, was jetzt darin steht, beschränken und nichts Neues hineinzubringen versuchen. (Sehr richtig! bei den Demokraten.) Dazu haben wir auch gar keine Zeit. In einem Augenblick, wo draußen Verhandlungen über die Zerreißung des preußischen Staatsverbandes und andere wichtige Fragen im Gange sind, dürfen wir hier unmöglich Tage und Wochen damit zubringen, die Frage, wie Einzelheiten der Gesetzgebung der nächsten dreißig Jahre geregelt werden sollen, durch die Verfassung vorzuschreiben. (Beifall bei den Demokraten.)

Reichskommissar Dr. Preuß:

Es war begreiflich, daß die Grundrechte, wie sie der Entwurf in weitgehender Selbstbeschränkung vorgeschlagen hatte, von vielen Seiten als ergänzungs- und erweiterungsbedürftig erkannt wurde. Aber es wäre wünschenswert gewesen, dabei mit der Bescheidenheit des Meisters vorzugehen, so aber mußte jeder Antrag auf Erweiterung immer gleich ein halbes Dutzend neuer Anträge gebären, und das wird sich bis auf diesen Augenblick nimmer erschöpfen und leeren. (Sehr gut!) Die Frage, wie weit die Grundrechte in das positive Recht eingreifen, insofern als sie selbst unmittelbare Gesetzeskraft haben sollen, wird durch den Art. 107 nicht entschieden, sondern sie hängt ab vom Wortlaut eines jeden einzelnen Artikels. Heißt es z. B.: „Die Todesstrafe ist abgeschafft“, so würde diese Verfassungsbestimmung unmittelbar geltendes Recht sein. Heißt es aber: „Die Todesstrafe ist abzuschaffen“, so muß ihre Abschaffung erst durch Ausführungsgesetz erfolgen, da der Art. 107 unter diesen Umständen statt Klarheit nur Unklarheit zu schaffen geeignet ist. Vielleicht wäre zu erwägen, ihn ganz zu streichen. (Sehr richtig!) Die Reichsregierung nimmt jedenfalls allen Anregungen auf Erweiterung der Grundrechte gegenüber eine ablehnende Stellung ein. Eine Vollendung auf diesem Gebiete zu erzielen, ist doch ein Ding der Unmöglichkeit, und andererseits sollte uns das Beispiel der Frankfurter Paulskirche warnen, die nicht zuletzt an dem Programm der Grundrechte zugrunde gegangen ist. Wenn es daher nicht möglich sein sollte, sich kurzerhand mit gegenseitiger Bescheidung über die Grundrechte zu verständigen, so möchte ich Ihnen im Interesse der hohen Aufgabe, die dieser Versammlung den Namen gegeben hat, dringend anheimgeben, den konstruktiven Teil des Entwurfs in dritter Lesung zu verabschieden und die Grundrechte zunächst zurückstellen. Lassen Sie sich warnen durch das Beispiel der Frankfurter Paulskirche! (Beifall.)

Abg. Dr. Beyerle (Zentr.):

Ich möchte die Grundrechte in der Verfassung nicht missen, sie müssen als wichtige Grundlage der Erziehung unseres Volkes zum staatsbürgerlichen Leben erhalten bleiben. Der Wortlaut muß volkstümlich und leicht verständlich sein. Der konstruktive Teil der Verfassung reicht nicht aus: In der Verfassung müssen auch Bekenntnisse niedergelegt werden. Dabei ist zu vermeiden, daß ein Mischmasch von Parteiprogrammen entsteht. Ich bitte Sie, die Grundrechte mit Wohlwollen aufzunehmen und ihnen die Annahme zu sichern. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Quarck (Soz.):

Der Abg. Beyerle hat sich um die Grundrechte zweifellos verdient gemacht. Zu einer tiefgehenden erzieherischen Wirkung ist aber ein einheitliches Ganzes notwendig. Der vorliegende Entwurf der Grundrechte macht aber einen uneinheitlichen Eindruck, er erscheint mir, verzeihen Sie den harten Ausdruck, als salatähnliche Komposition. Sein Wert geht nicht so weit, wie der Abg. Beyerle annimmt. Er übersieht auch, daß die ersten sieben Abschnitte des Verfassungsentwurfes durchaus nicht nur konstruktiv sind. Wir schließen uns dem Vorschlage des Herrn Regierungskommissars Preuß an. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.):

Die hier gebotenen Grundrechte sind eigentlich die von 1848. Ein so schal gewordenes Gericht mundet nicht. Wirkliche Grundrechte müßten mehr bieten als abstrakte Rechte, oder doch in einer Form, die eine künftige Entwicklung bedeutet. Vor allem aber leiden die Vorschläge an einem Mangel an Wahrhaftigkeit und widersprechen sich unerträglich. Man sprach von Kompromissen, die Weltanschauungen in den Grundrechten getroffen hätten. Es gibt keine Weltanschauung, die aus Kompromissen besteht. Man hätte uns weniger geben sollen; das Wenige müßte aber in Wahrhaftigkeit anzuwenden sein.

Abg. Haußmann (Dem.) beantragt, die Verhandlung abzubrechen. Eine von der Rechten gegebene Anregung wurde von der Reichsregierung wohlwollend aufgenommen und die größte Partei hat sie beinahe in einen Antrag verwandelt. Damit ist für die einzelnen Parteien eine neue Lage geschaffen, zu der sie Stellung nehmen müssen.

Das Haus beschließt demgemäß. — Schluß 12 Uhr 29 Minuten. Nächste Sitzung, Sonnabend 9½ Uhr: Berichte der Geschäftsordnung und der Wahlprüfungskommission, erste und zweite Beratung des Gesetzes über die Anrechnung der Militärdienstzeit, dritte Beratung des Reichssiedlungsgesetzes und kleine Vorlagen.

Wirtschaft und Recht.

Abgrenzung der Zuständigkeit des Reichsernährungsministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums.

Die dem Reichsernährungsministerium zustehenden Befugnisse werden, nach einem im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Erlaß des Reichsministerpräsidenten, in den nachbenannten Gegenständen auf das Reichswirtschaftsministerium übertragen:

1) Künstliche Düngemittel und deren Hilfs- und Rohstoffe, 2) Klee- und Grassämereien, 3) Oelfrüchte und daraus gewonnene Produkte, 4) Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kraftfuttermitteln mit Ausnahme von Kleie sowie Herstellung von Ersatzfuttermitteln, soweit sie durch den Kriegsausschuß für Ersatzfutter G. m. b. H. und die Gesellschaft für deutsches Milchkraftfutter m. b. H. oder in deren Auftrag erfolgt.

Die Befugnisse, die die Verteilung der Futtermittel und der Oelfruchtprodukte zu Speise- und Futterzwecken betreffen, verbleiben bei dem Reichsernährungsministerium.

Beamtenstreik.

Zu diesem in Nr. 200 und in Nr. 319 behandelten leider zeitgemäßen Thema erhalten wir von einem höheren Postbeamten die nachstehenden Mitteilungen, welche die Frage vom Standpunkte des Praktikers beleuchten:

Der Reichswehrminister Noske hat anläßlich seiner Anwesenheit in Danzig (Nr. 204 der „D. A. Z.“) in seiner scharfen, aber klaren Rede seine Meinung in dem Satz zusammengefaßt: „Wenn ich die Staatsbetriebe sozialisieren soll, so ist es blanker Unsinn, wenn mich diese Staatsbetriebe alle drei Tage bestreiken.“ Solche Worte treffen den Kern der Sache, und man kann nur hinzufügen, daß nach dem Urteil der alten praktisch durchgebildeten Beamten auch „blanker Unsinn“ vorliegt, wenn es sich bei solchen Streiks um Betriebe handelt, die noch nicht oder überhaupt nicht sozialisiert werden, sondern in der bisherigen Form zur Erreichung eines vernünftigen (insbesondere der Allgemeinheit zugute kommenden) Zweckes erhalten oder weitergeführt werden sollen.

Durch einen größeren Streik, z. B. der Telegraphenarbeiter, der ja auch schon einmal drohend vor der Tür stand, könnten in wenigen Stunden Berlin und alle größeren Orte von jedem Telegraphen- und Fernsprechverkehr abgeschnitten werden. Die Eisenbahner haben für ihren Bereich eine Probe aufs Exempel gemacht, die vollauf genügt, um den Ernst der Lage und die Größe der Wirkung auf die Allgemeinheit zu zeigen. Dabei wurde immer wieder erklärt und betont, daß es sich nur um wirtschaftliche Forderungen, nicht aber um politische Ziele handele. Angenommen, dies träfe zu, wohin sollen dann solche Forderungen, die nie ein Ende nehmen würden, wenn sie mit Hilfe der Streiks immer durchgedrückt werden könnten, führen? Denkt man daran, daß 1913 der höchste Jahresüberschuß der Postverwaltung 89,7 Millionen Mark betrug, dann muß man im Hinblick auf die viel höheren Forderungen der Telegraphenarbeiter (im Zusammenhang mit den dadurch hervorgerufenen Forderungen anderer Klassen) jede Hoffnung auf weitere Ueberschüsse dieser Verwaltung aufgeben, wie ja auch die Eisenbahn wahrscheinlich sogar ohne weitere solche Forderungen bereits auf Jahre hinaus nur mit heillosen Schulden wird arbeiten können.

Vor allem verlieren bei solchen Forderungen und Streikandrohungen die Beteiligten das Bewußtsein, daß die Beamten und als ihr Nachwuchs die Staatsarbeiter nicht reine Lohnangestellte, sondern Organe des Staates sind, die dieser nicht entbehren kann. Es ist dabei ganz gleichgültig, ob ihnen theoretisch das Recht zum Streik zuerkannt wird oder nicht; tatsächlich, praktisch, muß jedenfalls für sie die Pflicht zur Arbeit als oberstes Gesetz gefordert werden, die der Dienst im Staate in sich schließt. Ohne diese Pflicht zur Arbeit ist ein gesundes Beamtentum undenkbar; ohne dieses aber kann kein Staatswesen bestehen oder sich gar entwickeln. Dabei ist es völlig gleichgültig, ob es sich um ein demokratisches oder aristokratisches, ein republikanisches oder monarchisches Staatsgebilde handelt. In jeder Staatsform muß die Beamtenschaft das Gefühl ihrer Verantwortlichkeit in sich selbst tragen und Selbstzucht üben, ohne die jeder Dienst am Staate und damit an der Allgemeinheit undenkbar ist. Dieser Grundforderung steht aber jeder Streik der Beamten und ihrer Nachfolger — der Staatsarbeiter —, der zur Erzielung höherer Löhne und Gehälter unternommen wird, diametral gegenüber! Bu.

Sozialpolitik.

Arbeitsgemeinschaft der Angestelltenausschüsse der Kaliindustrie.

Die schon seit längerer Zeit schwebenden Verhandlungen zum Zusammenschluß der Angestelltenausschüsse in der Kaliindustrie sind in einer am 29. Juni 1919 in Magdeburg abgehaltenen Sitzung zum Abschluß gebracht, in welcher die Arbeitsgemeinschaft der Angestelltenausschüsse der Kaliindustrie (abgekürzt Adak) gebildet ist. Damit ist eine Zentralinstanz geschaffen, welche die Interessen der Angestellten in der Kaliindustrie ohne Rücksicht auf deren Zugehörigkeit zu den verschiedenen Berufsorganisationen vertreten soll.

Gesetzliche Regelung des Achtstundentages.

Die Einführung des Achtstundenarbeitstages hat in manchen Betrieben zu Schwierigkeiten geführt. Die Reichsregierung beabsichtigt, diese Schwierigkeiten durch ein Gesetz zu regeln, das auch den handwerksmäßigen Betrieben und der Lehrlingsausbildung Rechnung trägt.

Teuerungszulagen in Hessen.

Darmstadt, 10. Juli. Die hessische Volkskammer nahm heute die Regierungsvorlage über laufende Teuerungszulagen an Staatsbeamte und Staatsbedienstete an. Nach dem Antrag des Ausschusses erhalten danach die im Staatsdienst befindlichen Beamten und Bediensteten einen Familienzuschuß von jährlich 2000 Mark, außerdem eine Zulage von 500 Mark für jedes zu berücksichtigende Kind. Staatsbedienstete unter 21 Jahren und die noch nicht ein Jahr im Staatsdienst Beschäftigten erhalten Beihilfen bis zur Höhe von 80 % der genannten Sätze. In den Ruhestand getretene Beamte erhalten eine außerordentliche Beihilfe von 1200 Mark, Witwen 700 Mark, daneben für jedes zu berücksichtigende Kind eine Sonderzulage von 500 Mark. Vollwaisen erhalten eine Beihilfe von 700 Mark.

Eupen und Malmedy.

Mit dem Ratifizierungsbeschluß der Nationalversammlung setzen wir unser Siegel auch unter die Bestimmungen, wonach Deutschland zugunsten Belgiens auf die Souveränität über die Kreise Eupen und Malmedy verzichtet. Der Verzicht ist aber nicht endgültig. Wir brauchen unseren Landsleuten, den mehr als 60 000 rein deutschen Bewohnern der Kreise Eupen und Malmedy, nicht für immer Lebewohl zu sagen. Der Friedensvertrag behält ihnen das Recht vor, den Wunsch auszusprechen, daß das Gebiet ganz oder teilweise zum Deutschen Reiche zurückkehren soll. Leider sind ihnen die Garantien, die in den übrigen Abstimmungsgebieten für eine geheime, freie und unbeeinflußte Stimmabgabe vorgesehen sind, nicht bewilligt worden. Sie müssen ihren Willen vor der belgischen Behörde zur Eintragung in ein Register kundgeben. Leicht ist ihnen also die Ausübung ihres Rechtes nicht gemacht. Furchtsame und schwankende Geister werden vielleicht bei dem Gedanken, daß sie sich die Ungunst der belgischen Behörden zuziehen könnten, verzagen. Wir wissen aber, daß die Mehrzahl unserer Landsleute stark und mutig genug ist, um sich dadurch nicht zurückschrecken zu lassen. Wir glauben auch, daß sich die Befürchtungen der Aengstlichen als nicht begründet erweisen werden. Denn unsere Gegner haben es in der Denkschrift, die ihr Ultimatum vom 16. Juni begleitete, ausgesprochen, daß die Volksbefragung in Eupen und Malmedy unter dem Schutz des Völkerbundes steht.

Wie wir selbst die Bestimmungen des Friedensvertrages gewissenhaft ausführen werden, so wollen wir auch auf die Loyalität der Gegner hoffen, die dem Friedensvertrag jetzt ebenfalls ihre Ratifikation geben. Wir wollen uns darin auch nicht durch die Bestimmung des Friedensvertrages irre machen lassen, wonach die Kommission zur Festsetzung der Grenze zwischen Eupen und Malmedy schon jetzt ihre Arbeit beginnen soll. Freilich könnte es danach den Anschein haben, als ob unsere Gegner die Möglichkeit eines Rückfalles der beiden Kreise an Deutschland nicht einmal in Betracht ziehen wollen. Tatsächlich aber handelt es sich hier wohl nur um eine der vielen Stellen des Vertrages, wo infolge der Eiligkeit der Arbeit und der Nichtzulassung mündlicher Verhandlung mit uns Bestimmungen aus einem früheren Entwurf übernommen worden sind, die in den jetzigen Text nicht passen.

Jedenfalls dürfen unsere Landsleute in Eupen und Malmedy gewiß sein, daß die deutsche Regierung alles tun wird, um den in der Denkschrift der Gegner zugesagten Schutz des Völkerbundes für eine freie Kundgebung des Willens der Bevölkerung wirksam werden zu lassen. Sie dürfen ebenso davon überzeugt sein, daß das Vaterland sie nach Beendigung der ihnen auferlegten Wartezeit mit warmer Liebe aufnehmen und nichts unterlassen wird, um ihnen durch die Tat seine Anerkennung für die bewiesene Treue zu bezeigen.